

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Milchkrise, DMK-Krise - AbL: Die Fettvergütung wieder anheben!
- Merkel unterstützt Raiffeisen-Weltmarkt-Agrarexport-Strategie
- Die neue EU-Ökoverordnung und ihre Pferdefüße
- EW-Geflügel-Multi übernimmt nun auch Puten-Kartzfehn
- JBS, „Wiesenhof“, Aschara
- Viele Bürgerinitiativen-Aktivitäten „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“
- Bremer Kreditbank (Investor „Apollo“) übernimmt OLB-Mehrheit (mit Agrarkredit)
- Wolfspopulationen wirksam vergrämen und regulieren!
- Gedanken zu Bundeswehr-Patenschaften
- Hochadels-Hochzeit, Immobilienzoff und Promi-Sucht
- Erfinderischer Landwirt
- Interview mit „Bauernschreck“ Meyer auf dem Kartoffelfeld
- Neue Studien zu Bienen und Neonicotinoiden
- Vegan-Burger-Fake für Rocker

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 3.7.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

NOZ - 29.06.2017

2016 EIN „KATASTROPHALES JAHR“

Die Milchkrise ist noch nicht ausgestanden

Bremen . Für die Milchbauern war 2016 ein katastrophales Jahr. 2017 läuft es etwas besser, doch stehen viele Bauern weiter massiv unter Druck. Die Milchpreise seien maximal kostendeckend.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat der größten deutschen Molkereigenossenschaft DMK eine „unfaire“ Preisgestaltung für die Landwirte vorgeworfen. „Die Butterpreise brechen Spitzenrekorde, aber bei den DMK-Bauern kommt von all dem nur tröpfchenweise etwas an.

Und das, obwohl die Milchviehbetriebe über zwei Jahre lang mit jedem Liter Milch draufgezahlt haben“, kritisierte der Landesvorsitzende der AbL Niedersachsen, Ottmar Ilchmann, anlässlich der Bilanz-Presskonferenz des Deutschen Milchkontors (DMK) am Donnerstag. Das DMK zahlt derzeit 34 Cent pro Kilogramm

Die Landwirtschaftsbetriebe litten nach wie vor unter den Verlusten aus der schwersten Milchkrise der letzten Jahrzehnte. „Diese Krise ist alles andere als ausgestanden“, sagte Ilchman der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Der Bund der

Deutschen Milchviehhalter (BDM) erklärte, ein Milcherzeugerpreis von 34 Cent je Kilogramm liege bei einer Preisspanne von 29 bis 36,5 Cent im Mai im Rahmen der aktuell bezahlten Milcherzeugerpreise in Deutschland.

„Ob er tatsächlich vom DMK erwirtschaftet wird, oder ob es sich um einen „politisch“ festgelegten Milchpreis zur Beruhigung vor allem der Kündiger beim DMK handelt, können wir nicht einschätzen“, sagte BDM-Sprecher Hans Foldenauer.

Davon unabhängig reiche aber das aktuelle Preisniveau maximal zur Deckung der Kosten etwa für Futter, Energie und Lohnkosten. Eine Rückführung der durch die Krisen entstandenen Verluste und aufgenommenen Liquiditätsdarlehen, die Finanzierung von notwendigen Ersatzinvestitionen, die Bildung von Rücklagen seien nicht möglich. „Insofern ist das Milchpreisniveau nicht fair“, bilanzierte Foldenauer.

Sowohl die AbL als auch der BDM stimmten der von Bundeskartellamt kürzlich geäußerten heftigen Kritik an der langen Laufdauer der Verträge zwischen Milchbauern und Molkereien zu. Die Kündigungsfrist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres sei viel zu lang.

„Was die DMK-Spitze jetzt vorschlägt, ist eine Mogelpackung zulasten der Milchbauern: Eine Kündigungsfrist für die Milchlieferrung von ein bis zwei Jahren ist immer noch viel zu lang. Außerdem bringt die Verkürzung nichts, wenn nicht gleichzeitig auch die Kapitaleinlage zurückgezahlt wird“, so Ilchmann.

Das Deutsche Milchkontor stellt am Donnerstag seine Bilanz für das vergangene Jahr vor. 2015 lagen der Umsatz bei 4,6 Milliarden Euro und der Jahresüberschuss bei 13 Millionen Euro. Jährlich verarbeitet das DMK 6,7 Milliarden Liter Rohmilch. Mit Wirkung zum Januar 2018 haben aber viele Landwirte ihre Verträge gekündigt. Dabei geht es um ein Volumen von rund 500 Millionen Litern Milch.

Die Genossenschaft zählt rund 8300 Milcherzeuger. Zu den DMK-Marken gehören unter anderem Milram, Osterland, Oldenburger, Humana und Casarelli. - dpa

Die Fettvergütung wieder anheben!

TOP AGRAR ONLINE - 03.07.2017 - Patrick Liste

Zu den aktuellen Entwicklungen auf dem **Milchmarkt ein Kommentar von Ottmar Ilchmann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche **Landwirtschaft** Deutschland:**

"Auf dem **Milchmarkt** gibt es zur Zeit eine erstaunliche Entwicklung: Seit Jahresbeginn stagnieren die Auszahlungspreise an die Milchbauern oder steigen nur sehr moderat an, und der Absatz von Milcheiweiß gestaltet sich schwierig, was sicher nicht zuletzt an den 350.000 Tonnen **Milchpulver** liegt, die die EU im Zuge der **Milchkrise** eingelagert hat und die zur Zeit praktisch unverkäuflich sind. Die Fettkomponente der Milch dagegen, die zu Rahm und vor allem Butter verarbeitet wird, ist so teuer wie nie!

Gerade hat der Preis für Blockbutter die 6-Euro-Marke geknackt. Im **Einzelhandel** hat sich der Preis für ein Päckchen Butter seit dem letzten Sommer fast verdoppelt und Verarbeiter und Medien warnen bereits vor einem „Butterengpass“. Grund ist sicherlich einerseits die geringere Milchlieferung infolge von Betriebsaufgaben und Reduktionsprogrammen, verbunden mit geringen Fettgehalten der Milch bereits im letzten Jahr. Andererseits steigt aber auch die Nachfrage von Verbrauchern und **Lebensmittelindustrie** nach **Milchfett**. Das schlechte Image des Fettes als „Dickmacher“ und Verursacher von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stichwort Cholesterin, hat sich gewandelt. Jetzt stehen eher pflanzliche Fette wie z.B. Palmöl in der Kritik, sowohl unter gesundheitlichen als auch unter Umweltaspekten.

Diese Rehabilitierung des Fettes ist für die Milchbauern eine sehr gute Nachricht. Schließlich wurde jahrzehntelang von den **Molkereien** die Botschaft verkündet, das „ungesunde“ **Milchfett** sei schwer abzusetzen, und dementsprechend wurde die Vergütung für den Fettgehalt der Milch ständig abgesenkt, von 10 Pfennig pro Fettprozent auf nunmehr nur noch 2,2 Cent. Gerade zu Zeiten der **Milchquote** war das fatal, denn bei Überschreiten des Fettgehaltes der betriebsindividuellen Quote wurde diese gekürzt, das Fett wurde aber nicht mehr entsprechend bezahlt. Folge war natürlich, dass die **Milcherzeuger** versuchten, den Fettgehalt zu senken, einmal durch die Fütterung, aber auch durch Zucht auf geringere Fettgehalte. Das hat mit zum „Siegeszug“ von sehr milchbetonten Rassen und Zuchtlinien mit hoher **Milchleistung** und geringen Inhaltsstoffen beigetragen, vor allem eben schwarz- und rotbunte Holstein-Frisian.

Anderen Rassen, die über Jahrhunderte gerade auf gute Inhaltsstoffe gezüchtet wurden, wie Rotvieh oder Jersey, hat diese Entwicklung sehr geschadet. Heute besinnt man sich auf deren Vorzüge. So vermarktet das niederländische Unternehmen „Holland Jersey“ Milchprodukte, die ausschließlich aus Milch von Jerseykühen hergestellt werden, und wirbt mit dem guten Geschmack. Auch immer mehr Direktkäufer wissen die unbehandelte Milch mit natürlichem, meist höherem Fettgehalt zu schätzen, die sie z.B. an Milchtankstellen kaufen können. Verbraucher achten auf Qualitäts- und Geschmacksunterschiede und sind bereit, dafür mehr auszugeben.

Nun sollten auch die **Molkereien** diese höhere Zahlungsbereitschaft der Kunden schnell an die Milchbauern weitergeben. Einerseits könnte vor dem Hintergrunde der Rekord-Butterpreise sicherlich der Milchauszahlungspreis schneller steigen. Andererseits könnten die **Molkereien** auch die Fettvergütung wieder anheben, so wie sie sie in den Zeiten schlechter Verwertung des Fetts gesenkt haben. Dann würde gezielt die Anlieferung von Milch mit höherem Fettgehalt gefördert. Das wäre ein Anreiz, kurzfristig durch die Fütterung und langfristiger durch andere Zuchtrichtungen oder sogar andere Rassen den Fettgehalt wieder zu steigern. Also, liebe Molkereichefs: Gerne auch mal positive Preiseffekte an die Erzeuger weiterreichen!"

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Rind-Rindernews-Die-Fettverguetung-wieder-anheben-8384835.html>

NDR - 29.06.2017

Milchkontor zahlt bald 36 Cent pro Liter

Das Deutsche Milchkontor (DMK), Deutschlands größte Molkerei, hebt das Milchgeld für seine Genossenschaftsbauern im Juli um zwei Cent je Liter an - auf 36 Cent. Das kündigte das Unternehmen bei seiner Bilanzpressekonferenz an. "2016 ist das wichtigste Ziel der Genossenschaft, einen wettbewerbsfähigen Milchpreis zu zahlen, klar verfehlt worden", sagte Geschäftsführer Ingo Müller. An dieser Tatsache gebe es nichts schönzureden. Laut Müller konnte die Molkerei 2016 den Umsatz von 4,6 auf 5,1 Milliarden Euro steigern. Der Jahresüberschuss lag bei 13,5 Millionen Euro. Das Unternehmen hat in Niedersachsen Standorte in Zeven, Edeweicht, Beesten, Georgsmarienhütte, Holdorf, Neubörger und Strückhausen.

Zahlreiche Verträge gekündigt

Landwirten sollen künftig außerdem kürzere Vertragslaufzeiten angeboten werden. Die Betriebe leiden nach Angaben des DMK nach wie vor unter den Verlusten aus der schwersten Milchkrise der vergangenen Jahrzehnte. Der niedrige Milchpreis zwingt immer mehr Milchbauern zur Aufgabe. Die Großmolkerei beklagt, dass immer mehr Landwirte ihre Verträge mit dem Milchkontor kündigten. Das Unternehmen hofft nun, Milchbauern, die bereits gekündigt haben, zurück zu gewinnen.

Bauernvertreter: Verdienst noch immer zu niedrig

Doch nach Ansicht vieler Landwirte sind zwei Cent mehr für den Liter nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wie Bauernvertreter erklären. Schon jetzt zahle der Verbraucher zum Beispiel deutlich mehr für das Pfund Butter - davon komme aber kaum etwas bei den Milchbauern an, kritisiert Otto Ilchmann von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft. Karin Manshold vom Bund Deutscher Milchviehalter in Ostfriesland geht davon aus, dass zahlreiche Landwirte sich neue Molkereien suchen werden - möglicherweise auch als Erzeugergemeinschaft, um so höhere Preise aushandeln zu können. Einige Kollegen hätten auch schon Verträge mit Molkereien in den Niederlanden abgeschlossen. Die Milchkrise sei noch längst nicht vorbei, so die Sprecherin der Milchbauern - sie gehe jetzt in das vierte Jahr.

DMK will mehrere Werke schließen

Bisher produzierten rund 8.600 Milcherzeuger für das Deutsche Milchkontor. Zum Milchkontor zählen Marken wie Milram, Oldenburger und Humana. Das Unternehmen beschäftigt 7.200 Mitarbeiter an mehr als 20 Standorten. In den kommenden zwei Jahren würden 1,7 Milliarden Kilogramm Milch weniger produziert, so ein Sprecher. Das Milchkontor will deshalb die Produktion straffen und Werke schließen. Niedersächsische Standorte sollen davon aber nicht betroffen sein. Bis 2019 sollen insgesamt drei Molkereien in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und auf Rügen dicht machen. Dabei gehen 270 Stellen verloren.

PROPLANTA – 30.6.2017:

Bundeskanzlerin unterstreicht die Erfolgsstory der Genossenschaften

Berlin - „Die genossenschaftliche Idee überzeugt nicht nur hierzulande, sondern auch weltweit“, betonte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der Verabschiedung von Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes.

Sie verwies dabei auf die rund 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder in über 100 Ländern. Die Genossenschaftsidee, so die Bundeskanzlerin, überzeugte auch die UNESCO, die sie Ende vergangenen Jahres in die Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufnahm. An diesem Erfolg hätten auch die Genossenschaften des Deutschen Raiffeisenverbands großen Anteil. Sie setzen auf vertrauensvolle Zusammenarbeit und Offenheit für Neues“.

„Lieber Herr Nüssel, das liegt nicht zuletzt daran, dass Sie sich in der Agrarwirtschaft dafür stark gemacht haben, über nationale Grenzen hinaus zu denken. Mit Ihnen haben die Raiffeisen-Genossenschaften den Export verstärkt ins Blickfeld genommen. Das ging mit einem Konzentrationsprozess und Strukturwandel einher, der gewiss nicht einfach war. Aber so konnten die genossenschaftlichen Unternehmen den Anforderungen des Weltmarkts gerecht werden“, so die Bundeskanzlerin vor 250 Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und der Genossenschafts-Organisation.

„Auf globaler Ebene müssen wir uns fragen, wie auch die weiter rasant wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Der Schlüssel liegt in offenen Märkten, im Abbau von Handelshemmnissen und in der Forschung bzw. innovativen Technik. Für uns Europäer bietet der Binnenmarkt hervorragende Bedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Im Konzert der globalen Marktkräfte müssen wir zusammenspielen – nicht nur um in der Welt hörbar, sondern auch möglichst besser als andere zu sein“, betonte die Bundeskanzlerin.

„Gemeinsam mehr erreichen“ – das ist ein Motto, das genauso gut über der globalen Agenda stehen könnte. Wie ein solches Motto mit Leben erfüllt werden kann, das zeigen die vielen Genossenschaften vom Einkauf über Vermarktung bis hin zu den genossenschaftlichen Banken. Dabei kommt es aber – im Kleinen wie im Großen – immer wieder auch auf hartnäckige Überzeugungsarbeit an.

Lieber Herr Nüssel, Sie haben sich in Ihrer Amtszeit für große Richtungsentscheidungen eingesetzt. Sie sind dabei natürlich auch auf Widerstände gestoßen. Aber diese konnten gar nicht so hoch sein, dass sie Ihnen den Blick auf die Interessen und das Wohlergehen der Mitglieder verstellen hätten. Schließlich hat Ihre Arbeit viel Anerkennung gefunden. **Und es kommt nicht von ungefähr, dass die genossenschaftlichen Unternehmen und der Raiffeisenverband das sind, was sie sind: Ernstzunehmende Größen auf den nationalen und internationalen Agrarmärkten sowie gefragte Gesprächspartner für die Politik auf allen Ebenen“**, unterstrich Frau Dr. Merkel.

Präsident Nüssel dankte der Bundeskanzlerin für die Wertschätzung und anerkennenden Worte. „Wir erinnern uns gerne an Ihren Vortrag anlässlich des Raiffeisentages 2003, damals noch als CDU-Vorsitzende und Oppositionsführerin. Ein Kernsatz bleibt besonders in Erinnerung: „Deutschland braucht Innovationen, Investitionen in die Zukunft, aber keinen Zick-Zack-Kurs, wie ihn die rot-grüne Bundesregierung in der Agrar-, Verbraucher- und Wirtschaftspolitik fährt“. Als Bundeskanzlerin haben Sie dann für die notwendige Klarheit und Verlässlichkeit gesorgt.

Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft hat sich während Ihrer Kanzlerschaft

erfolgreich weiterentwickelt und vor allem wettbewerbsfähig aufstellen können. Gleichwohl stehen wir heute, wie Sie bereits ausführten, vor großen globalen Herausforderungen. **Unsere genossenschaftlichen Unternehmen sind bereit, einen Beitrag zu leisten, um den Hunger in der Welt zu besiegen. Ernährungssicherung und Klimaschutz setzen aber eine innovative Wirtschaft, verbunden mit Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Investitionsbereitschaft voraus.**

Innovationen und technischer Fortschritt müssen daher ideologiefrei genutzt werden. Diese globalen Herausforderungen sind nur mit offenen Märkten und freiem Handel zu bewältigen. Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist also nicht Teil des Problems, sondern wichtiger Teil der Lösung globaler Überlebensfragen. Und ein wichtiger Teil dieser Branche sind die Genossenschaften“, betonte der Raiffeisen-Präsident, dessen fast 18-jährige Amtszeit am 30. Juni 2017 endet.

Über den DRV

Der DRV vertritt die Interessen der genossenschaftlich orientierten Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Als wichtiges Glied der Wertschöpfungskette Lebensmittel erzielen die 2.186 DRV-Mitgliedsunternehmen im Handel und in der Verarbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen mit rund 82.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 60,1 Mrd. Euro. Landwirte, Gärtner und Winzer sind die Mitglieder und damit Eigentümer der Genossenschaften.

TAZ – Jost Maurin – 29.6.2017

Neue EU-Regelung zu Bio-Lebensmitteln

Verkaufsstopp bei Pestizidverdacht

...Die EU hat sich nach mehr als 3 Jahren Streit auf neue Regeln für die Erzeugung von Biolebensmitteln geeinigt. Die Europäische Kommission, das Parlament und der Rat der Mitgliedstaaten vereinbarten am Mittwochabend unter anderem folgende Punkte:

Biunternehmer müssen ab 2020 Vorsichtsmaßnahmen treffen, um zu verhindern, dass ihre Ware durch im Ökolandbau verbotene **Pestizide** oder andere Substanzen verschmutzt wird. Wenn Rückstände in nicht definierter Höhe in einem Produkt vermutet werden, müssen die Behörden informiert und darf das Produkt vorerst nicht als bio verkauft werden. „Falls die Kontaminierung vorsätzlich war oder der Bauer die neuen Vorsichtsmaßnahmen unterließ, wird es seinen Biostatus verlieren“, **teilte das Parlament mit**. Die Bioverbände hatten kritisiert, dass so eine Regelung Unternehmern und Ämtern unnötig Arbeit bereiten würde.

Anders als von der EU-Kommission gefordert, wird kein eigener Pestizidgrenzwert für Bioprodukte eingeführt. Vier Jahre nach Inkrafttreten der Regeln soll die Behörde aber einen Bericht über Rückstände in Ökoware und eventuell einen neuen Vorschlag für einen Grenzwert vorlegen. Die Kommission wollte mit dem Limit das

Vertrauen in Bio stärken. Die Branche lehnt es aber ab, dass Biobauern dafür haften sollen, wenn von konventionellen Nachbarfeldern Pestizide herüberwehen.

Der Druck auf die Biobauern, ökologisch erzeugtes statt konventionelles **Saatgut** zu benutzen, soll steigen. Dafür muss jeder Mitgliedstaat eine Datenbank einrichten, die zeigt, welches Biosaatgut verfügbar ist. Deutschland hat so eine Datenbank schon. Wenn es nicht genügend Samen gibt, können die Behörden weiter konventionelles Material erlauben. Nach 2027 will die EU entscheiden, wann die Ausnahmen enden. Die Regelung soll den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Ländern fairer machen, denn bislang produzieren manche in größerem Umfang als etwa Deutschland mit dem billigeren konventionellen Saatgut.

Ab 2025 sollen für **Importe** von außerhalb der Europäischen Union grundsätzlich die gleichen Regeln gelten wie für im Inland erzeugte Ware. Bisher erarbeiten die Kontrollstellen für die einzelnen Länder eigene Standards, die von der Kommission genehmigt werden und in Details von der EU-Öko-Verordnung abweichen können. Nun soll die Verordnung direkt angewendet werden. Die EU-Kommission darf aber Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz etwa bestimmter Pestizide erteilen, falls das beispielsweise das Klima in dem Land erfordern sollte. Betrugsanfällige Kontrollstellen in Nicht-EU-Ländern würden aber genauso schlecht überwacht wie bisher, so der deutsche Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW).

Die **Kontrollure** sollen sich stärker auf die Betriebe konzentrieren, bei denen das Risiko für Regelverstöße besonders groß ist. Dafür müssen Betriebe mit geringem Risiko und ohne Verstöße in den vergangenen drei Jahren statt wie normalerweise jedes Jahr nur jedes zweite Jahr vor Ort überprüft werden. Das würde den Druck auf Inspektoren erhöhen, nichts zu finden, bemängelte Jochen Neuendorff, Chef der Göttinger Kontrollstelle GfRS. Hintergrund ist, dass die Betriebe sich die Kontrolleure selbst aussuchen und jede Kontrolle bezahlen müssen.

Der Entwurf der neuen Ökoverordnung erhöht den Druck, Biosaatgut zu benutzen

Der Einsatz von 5 Prozent konventionellen **Eiweißfutter** wie Soja bleibt bei Schweinen und Geflügel statt zwei noch fünf Jahre erlaubt.

„Wir haben den Tierschutz nicht wesentlich stärken können“, sagte der Verhandlungsführer des Parlaments, Martin Häusling (Grüne). So wird es weiter keine Obergrenze für die Tiere pro Betrieb und keine konkreten Vorgaben geben, wie gesund ein Biotier sein muss. Schnäbelkürzen wird ausnahmsweise weiter zulässig sein, wenn das auch in konventionellen Betrieben erlaubt ist. Frankreich hatte dies gefordert, weil dort verwendete Geflügelrassen aggressiver seien, und sich die Tiere deshalb eher gegenseitig verletzen würden.

Die EU-Institutionen erklärten, die Einigung solle für faireren Wettbewerb und erhöhe das Verbrauchervertrauen. Der BÖLW wollte sich nicht inhaltlich zu der Einigung äußern, da der genaue Text bislang nicht vorlag. Er betonte jedoch, dass das Projekt immer noch verhindert werden könnte. Denn Parlament und der Rat der Mitgliedstaaten müssen der informellen Einigung noch offiziell zustimmen. Normalerweise ist das aber nur eine Formsache.

<http://www.taz.de/Neue-EU-Regelung-zu-Bio-Lebensmitteln!/5422292/>

**AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Pressemitteilung, Hamm, 29.06.2017**

BMEL-Nutztierstrategie lässt Bauern auf Zusatzkosten sitzen und die Ziele im Unklaren

Die Betriebe brauchen für den Umbau der Tierhaltung klare Ziele und frisches Geld

Der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Martin Schulz begrüßt, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) nun endlich seine Nutztierstrategie vorgelegt hat. „Ganz besonders in der Schweinehaltung stehen wir vor einem regelrechten Umbau weiterer Teile unserer Tierhaltung. Es gibt unter den Berufskolleginnen und Berufskollegen mittlerweile eine große Bereitschaft und eine Suche nach praktikablen Veränderungen in unseren Ställen und Haltungsverfahren. Was fehlt, ist eine klare Orientierung, wo es hingehet und wie die Betriebe die höheren Kosten bezahlt bekommen“, schildert Schulz die Situation. Bei beiden Punkten liefere die Nutztierstrategie des BMEL keine Antworten, kritisiert die AbL.

„Das BMEL sagt nicht, dass das Ziel unserer Schweinehaltung sein muss, dass der Ringelschwanz dran bleiben kann und dran bleibt. Wenn wir das Ziel nicht klar benennen, fehlt den Betrieben und auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern die notwendige Orientierung“, begründet Schulz. Die Festlegung der Ziele verschiebt das Ministeriumspapier weiter auf die Zukunft und verweist zunächst nur auf die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates aus dessen Gutachten vom März 2015.

„Noch gravierender für die Betriebe ist aber, dass der Minister die Bauern mit den Mehrkosten der Erzeugung weitgehend im Regen stehen lässt. Er verweist auf Umschichtungen von bestehenden Fördergeldern und auf die Hoffnung, dass über ein Label schon mehr Geld aus dem Markt kommen werde. Das ist zu wenig und wird der Aufgabe überhaupt nicht gerecht“, so Schulz. „Wir fordern für den Übergang des notwendigen Umbaus eine neue, zusätzliche Finanzierungsquelle. Für den Umbau der Tierhaltung brauchen wir frisches Geld und ein regelrechtes Konjunkturprogramm für eine zukunftsfähige bäuerliche Tierhaltung mit gesellschaftlichem Rückhalt. Der Bund muss mehr liefern. Die Bauern sind auch zu mehr bereit“, erklärt Schulz, der selbst NEULAND-Schweinemäster in Niedersachsen ist.

Die EW-Group (Erich Wesjohann, Bruder von Paul Heinz Wesjohann / PHW-Group) ist nicht nur weltweit dominant in der Legehennen- und Geflügelzucht, sondern steift zunehmend auch in andere Geflügelbranchen ein:

Münsterländische Tageszeitung - 14.06.2017 - Bösel

MoorgutKartzfehn ist verkauft

Bösel (höf). Traditionsreiches Böseler Unternehmen ist verkauft: Die Familie von Kameke überträgt ihre Aktivitäten im Bereich der Putenvermehrung und veräußert ihre Anteile an der MoorgutKartzfehn von Kameke GmbH & Co. KG in Bösel/Petersdorf zu 100 Prozent an die Aviagen Turkeys Ltd mit Sitz in England. Eine entsprechende Vereinbarung, der noch die zuständigen Kartellbehörden zustimmen müssen, wurde am Montag unterzeichnet. Die MoorgutKartzfehn von Kameke GmbH & Co. KG beschäftigt 485 Mitarbeiter, 130 davon sind am Böseler Standort tätig.

Aviagen Turkeys ist global im Bereich der Putenzucht und -genetik tätig und vertreibt Putenelterntiere weltweit. Aviagen Turkeys Ltd. ist Teil der Aviagen-Gruppe aus den USA, die wiederum zur EW-Group, Erich Wesjohann mit Sitz in Visbek, gehört. „Mit der Umsetzung der Vereinbarung übergeben die bisherigen Eigentümer ein solides Familienunternehmen, das alle Voraussetzungen dafür mitbringt, auch in Zukunft erfolgreich fortgeführt zu werden“, heißt es in einer Pressemitteilung.

JBS muss sein europäisches Standbein verkaufen:

fleischwirtschaft.de — SÃO PAULO Der brasilianische Fleischkonzern JBS will seine britische Tochter Moy Park, einen der größten Geflügelfleischproduzenten Europas, verkaufen.

PROPLANTA - 29.06.2017:

Wiesenhof muss Schlachtzahlen reduzieren

Potsdam / Niederlehme - Der Geflügelfleischhersteller Wiesenhof muss seine ausgeweitete Produktion in Niederlehme herunterfahren.

«Es wurde angeordnet, dass der Betrieb auf die in der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zugelassene Schlachtkapazität zurückzuführen ist», erklärte ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums am Mittwoch.

Damit sei allerdings keine Stilllegung von Maschinen und Anlagenteilen oder Abriss von Gebäuden verbunden, hieß es. Allerdings dürften nur noch maximal 120.000 anstatt der zuletzt 160.000 Tiere am Tag geschlachtet werden, ergänzte die zuständige Referentin im Landwirtschaftsministerium.

Auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur hieß es, Wiesenhof habe die Entscheidung zur Kenntnis genommen und kündigte gleichzeitig Rechtsmittel gegen die Teilstilllegung an.

Das Unternehmen hatte nach eigenem Bekunden die Produktionskapazität im vergangenen Jahr nach einem Großbrand in einem niedersächsischen Werk nach Niederlehme ausgelagert. Das Landesumweltamt sei über die Notsituation informiert gewesen. Dieser Schritt sei auch mit der Behörde abgestimmt worden, unterstrich eine Wiesenhof-Sprecherin.

Die Ministeriumsreferentin wies diese Darstellung zurück. Es sei schon vor einem Jahr eine Teilstilllegung angeschoben worden. Weil eine schnelle Entscheidung über einen Erweiterungsantrag von Wiesenhof nicht möglich sei, habe das Amt am 20. Juni die Teilstilllegung veranlasst, erklärte sie.

dpa/bb

TLZ - 30. Juni 2017 :

Schweinezuchtanlage in Aschara: Tierarzt-Protokoll widerspricht Adib-Version zur Situation im Stall

Das Protokoll zur Kontrolle des Veterinäramtes in der Adib-Schweinezuchtanlage am Ascharaer Kreuz widerspricht in wesentlichen Punkten der Darstellung des Unternehmens zur Situation vor Ort.

Diese Aufnahme liegt dem Tierarzt-Protokoll bei. Es zeigt Ferkel in der Zuchtanlage am Ascharaer Kreuz. Die Tiere sind abgemagert, die Futterstellen leer. Foto: Veterinäramt

Aschara. Am Dienstag sagte Adib-Sprecher Uwe Kohrs, dass das Kernproblem in dem Stall die Hygiene sei. Es gebe eine Keimbelastung, von der vor allem die Ferkel betroffen seien. Daher werde die Anlage vorübergehend geschlossen und komplett desinfiziert.

Das interne Protokoll der Tierärzte vom Montag dieser Woche, das unserer Redaktion vorliegt, ergibt ein anderes Bild. Dort werden auch Verstöße aufgeführt, die eher auf Vernachlässigung hinweisen, weniger auf Hygieneprobleme.

Demnach waren „ganze Gruppen von Mastläufern hochgradig unterernährt, zum Teil war kein Futter in den Automaten, viele Tiere waren an Durchfall erkrankt.“ Weiter wird kritisiert, dass kranke Tiere nicht behandelt worden seien, im so genannten Deckzentrum habe bei einem Teil der Tiere Beschäftigungsmaterial gefehlt, mit dem die Tiere ihrem Erkundungsverhalten nachkommen können. Im Wartebereich habe etwa ein Drittel der Sauen Verhaltensstörungen gezeigt. Genannt wird das Leerkauen, also Maulbewegungen ohne Futter. Im Deckzentrum für Jungsauen seien darüber hinaus zwei Altsauen in zu engen Kastenständen untergebracht gewesen und hätten sich dort auch nicht in einen Nachbarstand strecken können. In einem Punkt registrierten die Tierärzte des Landratsamtes Unstrut-Hainich eine Verbesserung der

Hygiene. Das sei im Sauenbereich der Fall gewesen, dort gebe es auch Krankenbuchten. Dennoch sei ein hochgradig lahmes Tier nicht ausreichend behandelt worden, so das Protokoll.

Adib-Sprecher bleibt bei seiner Darstellung

Auf die offensichtlichen Diskrepanzen zwischen der amtlichen Darstellung und der Adib-Version angesprochen, sagte Adib-Sprecher Uwe Kohrs am Donnerstag, dass er bei seinen Aussagen vom Vortag bleibe. Er zeigte sich verwundert, dass das Amt nun Dinge bemängelt, die vor einigen Wochen als behoben galten. Immerhin sei der Weiterbetrieb der Anlage nach der vorletzten Begehung genehmigt worden.

„Die Darstellung ändert nichts daran, dass wir einen Strich drunter machen müssen. Es ist höchste Zeit, Tabula rasa zu machen. Die unterschiedlichen Interpretationen der Situation sollten beendet werden. Alles andere bringt nichts“, so Uwe Kohrs.

Veterinäramt schließt Schweinestall der Adib in Aschara

Friedemann Knoblich / 30.06.17

Die Anlage hat ein Keimproblem und soll komplett desinfiziert werden.

Aschara. Die Schweinezuchtanlage der Adib-Gruppe am Ascharaer Kreuz wird vorübergehend geschlossen. Das teilte das Veterinäramt des Unstrut-Hainich-Kreises auf Anfrage mit. Der Gesundheitszustand der Tiere lasse den weiteren Betrieb nicht zu, der momentane Bestand werde aufgelöst.

Die Aussagen der Behörde bestätigte ein Adib-Sprecher. Es habe sich gezeigt, dass man das Keimproblem in dem Stall im laufenden Betrieb nicht in den Griff bekomme. Die Anlage werde nun geschlossen, um sie komplett zu desinfizieren. Danach soll der Betrieb weitergehen, hieß es.

Mehr Nachrichten zum Thema:

[Verbot der Schweinehaltung gegen ehemaligen Thüringer Bauernpräsidenten bestätigt](#)

[Erneut Schweinestall im Landkreis in der Kritik von Tierschützern](#)

Volksstimme - 30.06.2017 – Nora Stuhr:

Neue Ställe

Soll Cochstedt selbst entscheiden?

Die Ställe einer alten Ferkelzuchtanlage in Cochstedt sind in die Jahre gekommen. Der Betreiber möchte hier in den Bau einer modernen Anlage mit

Abluftreinigungsanlage investieren. Der Stadtrat hat beschlossen, dazu im September die Bürger zu befragen. Foto: Nora Stuhr

Soll aus der Bürgerbefragung zur Schweinemastanlage in Cochstedt ein Bürgerentscheid werden? Das berät die Politik.

Hecklingen | Tobias Resch-Feid meldete sich in der Einwohnerfragestunde zu Wort. Der Bürger aus Hecklingen machte deutlich, dass er dringend darauf pocht, aus der Befragung der Bürger in Cochstedt zum geplanten Bau einer Schweinemastanlage einen Bürgerentscheid zu machen. Bei einer Befragung, erklärte er, haben die Bürger keine direkte Möglichkeit, zu entscheiden. Vielmehr sei das Votum eine Orientierung für den Stadtrat, der am Ende das letzte Wort hat.

Während der Beratung wurde aber deutlich, dass die Räte die Entscheidung der Anhörung als maßgeblichen Willen der Bevölkerung nutzen wollen, wenn sie über den Aufstellungsbeschluss zum Baustart befinden werden.

„Wenn dem Stadtrat ein Votum der Einwohner Cochstedts vorliegt, denke ich, dass er sich daran hält.“

Kein Vertrauen

Tobias Resch-Feid schenkt den gewählten Volksvertretern aber keinen Glauben. „Ich habe kein Vertrauen in den Stadtrat“, sagte er am Ende klipp und klar.

Zuvor hatten viele Mitglieder ihre Position für die Befragung und gegen den Entscheid erklärt. Stadtratschefin Christine Kern (Wählergemeinschaft Hecklingen/WGH) verwies darauf, dass ein Entscheid mit vielen rechtlichen Hürden beispielsweise bei der Finanzierung verbunden ist. Viele Sachen müssten nachgewiesen werden, erklärte die frühere Kämmerin der Stadt, dass eine solche Vorgehensweise der direkten Entscheidung aus der Bevölkerung heraus nicht ganz einfach ist.

Hecklingens Bürgermeister Uwe Epperlein (WGH) sicherte zu, dass er davon ausgeht, dass der Rat sich an der Meinung der Bürger orientiert, wenn er nach der Befragung darüber abstimmt, ob dem Investor, der Weg zur weiteren Planung des Vorhabens frei gemacht wird oder nicht.

„Wenn dem Stadtrat ein Votum der Einwohner Cochstedts vorliegt, denke ich, dass er sich daran hält“, sprach auch der Rathauschef dafür, an der Befragung festzuhalten.

Roger Stöcker (SPD) hat mit einem Bürgerentscheid ebenfalls seine Bedenken. Der Stadtrat aus Hecklingen ist Dozent der Politikwissenschaft an der Universität in Magdeburg und erklärte, dass das Ergebnis eines Bürgerentscheides nur dann bindend sein kann, wenn über die Hälfte der Cochstedter an der Abstimmung teilnimmt. „Wenn weniger als 50 Prozent der Leute zur Wahl gehen, ist die Entscheidung nichtig“, erklärte er das Risiko eines Entscheides.

Auch René Lohse (WGH) ist dafür, die Befragung der Bürger wie geplant im September in Angliederung zur Bundestagswahl anzugehen und keinen

Bürgerentscheid daraus zu machen. „Wir sollten die Befragung angehen.“ Lohse bezeichnete die in der vergangenen Ratssitzung dafür getroffene Entscheidung der Ratsmitglieder als „gute Lösung“.

Stadtrat Roger Stöcker sagte im Nachgang als einziger öffentlich zu, dass er sich an das Votum der Bürger halten wird, wenn der Rat über den Aufstellungsbeschluss der geplanten Anlage abstimmt.

Damit endete die in der Einwohnerfragestunde von Tobias Resch-Feid in Gang gesetzte Diskussion.

In Cochstedt plant die am Standort bereits ansässige Hederslebener Zucht- und Mastbetriebe GmbH & Co. KG Gebäude einer seit vielen Jahren bestehenden Ferkelaufzuchtanlage am Ortsausgang in der Schadelebener Straße abzureißen, um einen neuen Stall für Mastschweine zu bauen.

Die Investition sieht vor, dass die Altställe abgerissen werden. In der Beschlussvorlage ist vom „Neubau eines modernen Stallgebäudes mit den erforderlichen Nebeneinrichtungen“ die Rede.

4000 Ferkel

Der neue Stall soll außerdem mit einer Abluftreinigungsanlage ausgestattet werden. Die Gesamtkapazität der Anlage von derzeit zulässigen 4000 Ferkelaufzuchtplätzen soll auch für die geplante Schweinemast beibehalten werden. Das Gesamtkonzept sieht außerdem die Vergrößerung des Abstandes zur Ortslage sowie eine Verbesserung der Immissionssituation vor, heißt es weiter. Darüber hinaus soll mit der Neuordnung des Betriebsgeländes und einer Eingrünung im Norden auch das Orts- und Landschaftsbild aufgewertet werden.

Der Investor, ein Unternehmen mit Stammsitz in Hedersleben (Landkreis Harz) betreibt dort bereits einen landwirtschaftlichen Betrieb mit rund 1100 Mastschweinen. Geschäftsführer ist der aus Niedersachsen stammende Phillip Staggenborg. Er will mit dem Neubau des Stalls den Stammsitz seiner Firma nach Cochstedt verlagern.

Viele Beratungen sowie eine Einwohnerversammlung mit dem Investor haben bereits stattgefunden. Dabei wurde deutlich: Der geplante Bau bewegt Cochstedt.

Bauplaner und Investor stehen nach wie vor Rede und Antwort. Sie möchten ihr Vorhaben vor allem transparent gemeinsam mit den Bürgern umsetzen. Der Ort, so scheint es bisher, ist geteilter Meinung. Es gibt Fürsprecher und Gegner. Jetzt soll eine Bürgerbefragung im September Klarheit bringen. Die Entscheidung zum Aufstellungsbeschluss danach liegt dann aber beim Stadtrat.

Weitere Links zur Schweinebranche:

<http://www.stern.de/genuss/essen/fleisch--report-ueber-den-gnadenlosen-preiskampf-der-industrie-7493292.html>

http://www.proplanta.de/Agrar-Stellenmarkt/Betriebsleiter+9.500+Sauen+%28w-m%29_tnj1498663700.html

NDR - 03.07.2017

Schlachthof Weidemark stellt Rumänen nicht an

Von einem Subunternehmer zum nächsten: Die etwa 350 Menschen, die bislang über Werkverträge für den Schlachthof Weidemark angestellt waren, werden nun doch nicht von diesem übernommen. Stattdessen werden sie wahrscheinlich von einem anderen Subunternehmer angestellt. Er tendiere stark dazu, dass eine andere Firma die Arbeiter übernehme, sagte Insolvenzverwalter Andreas Sontopski. Eine endgültige Entscheidung werde in etwa zwei Wochen fallen. Vor etwa 14 Tagen hatte ein rumänischer Subunternehmer, die Firma Manzat, Insolvenz angemeldet. Über diese Firma waren die Schlachthof-Mitarbeiter bislang für die Tönnies-Tochter Weidemark tätig. Sögels Bürgermeister Günter Wigbers (CDU) geht davon aus, dass die Arbeiter zu den gleichen Bedingungen wie zuvor beschäftigt werden.

Gewerkschaft kritisiert die Lösung

Die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) sieht die Übernahme kritisch. "Wir sind davon ausgegangen, dass Weidemark die Leute selbst einstellt. Jetzt sind wir maßlos enttäuscht", sagte Gewerkschafter Matthias Brümmer. Nach Informationen der Gewerkschaft wurden die Mitarbeiter in der vergangenen Woche über die Übernahme informiert. Es gebe außerdem Hinweise darauf, dass sie zur Unterschrift eines neuen Arbeitsvertrages gedrängt werden sollen. Die Gewerkschaft will die betroffenen Mitarbeiter deshalb über ihre Arbeitsrechte aufklären. Auf keinen Fall müsse ein neuer Arbeitsvertrag unterschrieben werden, heißt es von der NGG.

SEK-NEWS

Auch Waldeck gründet BI gegen Massentierhaltung

Antrag zum Bau einer Hähnchenmastanlage in Waldeck schon eingereicht

Über 300 Bürgerinnen und Bürger informierten sich in Waldeck über die Folgen der Massentierhaltung. Foto: Betzler

Waldeck/Gudensberg. Vor wenigen Wochen wurde die Bürgerinitiative ProWaldeck – Gegen Massentierhaltung gegründet. Zahlreiche Bürger haben sich zusammengetan, um den Bau einer Großmastanlage für Hybridhähnchen zu verhindern. Am Samstag erhielt die BI Post vom Regierungspräsidium Kassel. Nun ist es amtlich: Der Investor Karl Schwalenstöcker, Pächter der Domäne Waldeck und Mitglied in verschiedenen gemeindlichen Gremien (u.a. Bauausschuss, Ortsbeirat), hat bereits am 1. Juni einen Genehmigungsantrag für die Anlage gestellt. Nach Angaben der BI Chattengau gegen Massentierhaltung steht die geplante Mastanlage in unmittelbarem Zusammenhang mit dem erweiterten Geflügelschlachthof des holländischen Großkonzerns Plukon in Gudensberg, wo jährlich über 37 Millionen Hähnchen geschlachtet werden.

Die Bürgerinitiative ist verärgert. Am 7. Juni fand eine große Informationsveranstaltung der BI statt. Der Investor war anwesend, ebenso zirka 50 Landwirte, die vom Kreisbauernverband mobilisiert worden waren. Schwalenstöcker habe sich nicht zu seinen Plänen geäußert und stattdessen einen Flyer im Foyer verteilt, berichtet die BI. Im Flyer werde die Massentierhaltung – bis zu 80.000 Hähnchen sollen in der Anlage gemästet werden – in jeglicher Hinsicht beschönigt.

Die Bürgerinitiative ProWaldeck bezeichnet es als Zynismus, wenn es darin unter anderem heißt, dass die Tiere ausreichend Platz hätten und deutsche Maßstäbe erheblich besser seien als im Ausland. Fakt sei vielmehr, dass Billigfleisch in Massen für den Export produziert werde. Auch die Behauptung, es würden nur wenige Antibiotika eingesetzt, stimmt nicht mit der Realität überein, denn 85 Prozent aller in Deutschland eingesetzten Antibiotika landeten in der Tierhaltung.

Die Referenten und BI-Mitglieder (von links): Andreas Grede (BI-Chattengau), Dr. Markus Schimmelpfennig, Josefine Lyda (Greenpeace Kassel), Madelon Koning, Susanne Friedrichs, Barbara Friedrichs, Heike Lundt (alle BI ProWaldeck). Foto: Betzler

Die BI sei enttäuscht, dass das Genehmigungsverfahren offenbar still und möglichst unbeachtet von der Öffentlichkeit ablaufen sollte. Dabei betreffe es in Waldeck alle Bürger

und ganz besonders jene, die vom Tourismus leben. So fragt die BI: Was ist mit den Image- und Umweltschäden für den Luftkurort Waldeck?

Gerade erst sei in der lokalen Presse über die einzigartige, schützenswerte Natur an den Nordhängen des Edersees („ein letztes Refugium für seltene Arten“, so Landschaftsplaner Norbert Panek) berichtet worden. Einzig Bürgermeister Feldmann mochte sich in der Zeitung zu diesem Thema nicht äußern. Für die BI stelle sich die Frage, ob er bereits wisse, dass die FFH-Gebiete (Flora-Fauna-Habitat) in der Gemarkung Waldeck schon bald erheblichen Umweltbelastungen ausgesetzt sein werden?

BI-Sprecherin Madelon Koning betont: „Der Nationalpark Kellerwald-Edersee wurde unter die zehn schönsten Wälder der Welt gewählt. Gute Luft und unverbaute Landschaft locken Touristen. Dieses Bauvorhaben ist zerstörerisch für die wichtigste wirtschaftliche Erwerbsquelle im Ortsteil Waldeck, den Tourismus. Dass der Investor seine Pläne durchsetzen will, ist klar. Wir fragen uns, warum die Stadt Waldeck nicht schon sehr frühzeitig mit einem klaren Nein diesem absolut schädlichen und schändlichen Vorhaben ein Ende gesetzt hat.“

Weitere Informationen unter www.ProWaldeck.de. (red)

Peiner Allgemeine – 28.6.2017 – Kerstin Wosnitza:

SolschenGrüne: Riesen-Mastanlagen nicht zukunftsfähig

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden öffentlichen Erörterungstermins für die Erweiterung der Masthähnchenanlage in Solschen spricht sich der Kreisverband der Grünen für einen Umbau der Agrarpolitik aus.

In Solschen ist eine Hähnchen-Mastanlage geplant. Die Grünen halten solche Anlagen für gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert.

Solschen. Hintergrund: Der Solschener Landwirt Christoph Ehlers betreibt etwas außerhalb der Ortschaft bereits einen Hähnchen-Maststall mit Platz für 39 000 Tiere. Vor rund vier Jahren hat er beim Landkreis die Genehmigung für den Bau eines weiteren Stalls für bis zu 45 000 Tiere beantragt. Bei einer Größe von mehr als 40 000 Tieren ist laut Kreis-Sprecher Henrik Kühn ein Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz durchzuführen. Am Donnerstag, 6. Juli, ab 14 Uhr findet im Seminarraum 2 des Komed in Groß Ilsede der öffentliche Erörterungstermin dazu statt.

„Er wurde am 22. Juni, also am ersten Ferientag, veröffentlicht und findet in den Sommerferien statt“, kritisiert Doris Meyermann von den Peiner Grünen die Ansetzung.

Derzeit müsse eine solche Anlage grundsätzlich genehmigt werden, wenn alle Vorgaben erfüllt sind. „Unser politisches Ziel ist es aber, diese Vorgaben zu ändern. Das muss aber auf Landes- beziehungsweise Bundesebene geschehen“, sagt Doris Meyermann Geschäftsführerin des Grünen-Kreisverbands.

Auch Bundestagskandidatin Stefanie Weigand und Landtagskandidat Heiko Sachtleben nehmen den Erörterungstermin zum Anlass, auf den ihrer Meinung nach erforderlichen Umbau der Agrarpolitik hinzuweisen.

„Die derzeit vorherrschende Tierhaltung in Deutschland wird gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert und ist nicht zukunftsfähig. Wir unterstützen Landwirtschaftsminister Christian Meyer voll und ganz in seiner Forderung nach dem Ausstieg aus der Massentierhaltung als Schlüssel zur Bewältigung schwerwiegender Folgen – für Mensch, Tier und Umwelt“, betonen beide Kandidaten.

Zu viele Tiere mit zu wenig Platz und Auslauffläche führten zu mehr Tierleid, mehr Gülle und Überdüngung. Der Schaden für Boden, Luft und Gewässer sei bereits immens, die Hypothek für die kommenden Generationen hoch, so die Argumentation.

Überfällig sei die Kennzeichnung aller Fleischprodukte. Eine „verbindliche Tierhaltungskennzeichnung“ nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung von „0“ für Bio bis „3“ für konventionelle Stallhaltung würde deutlich machen, wie ein Tier gelebt hat. Diese Umstellung gebe es nicht zum Nulltarif; eine Umverteilung der Agrarmillionen aus Brüssel sei unabdingbar.

NWZ:

„Verhältnisse im Stall so nicht erwartet“

[DANGAST/SPAHNHARRENSTÄTTE](#) Wie sieht er aus und wie könnten die Beeinträchtigungen für die Umwelt sein? Mitglieder der Stadtratsfraktion von Zukunft Varel haben jetzt eine Hähnchenmastanlage in Spahnharrenstätte in der Samtgemeinde Sögel (Kreis Emsland) besucht. Dort besichtigten sie eine moderne, gewerblich genehmigte und landwirtschaftlich betriebene Hähnchenmastanlage mit 42 000 Plätzen, belegt mit 31 000 Masthähnchen.

„Auch weil diese Anlage in einem Naherholungsgebiet liegt, ist sie mit der in Wehgast beantragten vergleichbar“, teilte Fraktionssprecher [Axel Neugebauer](#) nun mit. Die Politiker wollten sich einen Eindruck verschaffen, wie die Anlage aussehen könnte, die ein Landwirt in der Nähe von Dangast plant.

Im Gegensatz zu Dangast liegen um den 1500-Einwohner-Ort Spahnharrenstätte herum mehrere Ställe mit zusammen etwa einer Million Masthähnchen. „Eigentlich müsste es immer riechen, egal aus welcher Richtung der Wind weht. Doch selbst direkt neben dem Stall haben wir nichts bemerkt“, beschrieb Neugebauer den Eindruck der Gäste.

Die umfangreichen hygienischen Maßnahmen vor dem Betreten der Anlage – doppelte Überziehschuhe und Ganzkörperanzug – dient dem Schutz der Tiere. „Ich kann nur gesunde Tiere verkaufen, und von gesunden Tieren gehen auch keine krank machenden Keime aus“, zitiert Neugebauer den dortigen Landwirt. „Die Verhältnisse in der Anlage entsprachen überhaupt nicht unseren Vorstellungen: Die Luft war erheblich frischer als von konventionellen Viehställen bekannt, Beleuchtung und Beleuchtungsdauer, Temperatur und Luftfeuchtigkeit werden vom Tierschutz und Gesetzgeber vorgeschrieben. Und Platz für die Tiere ist ausreichend vorhanden“, schrieb er weiter.

Das sei auch so, wenn die Küken ausgewachsen sind, so der Landwirt. Davon will sich [Zukunft Varel](#) bei einem weiteren Besuch in fünf Wochen überzeugen. Die Fraktion lädt dazu alle Interessierten ein. „Wir können nur empfehlen, sich sachlich zu informieren, bevor man entscheidet.“ Nur so könne man Vorurteilen gegenüber der Landwirtschaft und Falschbehauptungen begegnen.

NRZ - 20.06.2017 – Johannes Kruck:

Irritationen um Pläne für eine Mega-Hühnerfarm in Schermbeck

SCHERMBECK. Familie Börter-Gerwin möchte auf 60 000 Quadratmetern in Gahlen täglich 10 000 Bio-Eier produzieren. Eine Bürgerinitiative wehrt sich dagegen.

Seit einigen Tagen herrscht in Gahlen helle Aufregung. Es geht um Pläne für einen landwirtschaftlichen Betrieb riesigen Ausmaßes: Seit März 2016 liegt dem Kreis Wesel eine Bauvoranfrage für die Errichtung einer Halle für 14 500 Legehennen samt einem 60 000 Quadratmeter großem Außengelände vor. Wie Wolfgang

Joormann von der Bauaufsicht weiter erläutert, sei für dieses Vorhaben keine Öffentlichkeits-Beteiligung notwendig, da die Anzahl der Hühner unter 15 000 liege.

Aus Sicht des Emissions- und des Gewässerschutzes werde die Anfrage wohl positiv beschieden, die bautechnische Prüfung der Halle sei noch nicht abgeschlossen. Er ließ aber bereits durchblicken, dass in rund einem Monat wahrscheinlich die Anfrage soweit genehmigt werde, dass der Investor den Bauantrag stellen könne.

„Zukunftsperspektive in der Landwirtschaft“

Das dürfte dann vor allem den Bauherrn Dirk Börter-Gerwin freuen, der knapp 1,1 Millionen Euro auf dem Gelände neben dem Hof Hemmert-Halswick seiner Schwiegereltern an der Bruchstraße investieren will. „Ich möchte damit meinem 22-jährigen Sohn Steffen eine Zukunftsperspektive in der Landwirtschaft geben“, erklärt Börter-Gerwin, der gemeinsam mit seiner Frau Karla in Velbert bereits einen sogar etwa doppelt so großen Bio-Legehennen-Betrieb führt.

Im NRZ-Gespräch erläutert er detailliert, was er in Gahlen vorhat: Er möchte eine Halle mit den Ausmaßen 30 x 60 Meter bauen, die in der Mitte sechs Meter hoch werden soll. Jedem Huhn, dessen Eier als Bio-Ei vermarktet werden dürfen, stehen vier Quadratmeter Außenfläche zu – deshalb soll hinter der Halle ein Außengelände errichtet werden, das ungefähr die Größe von 8,5 Fußballfeldern haben soll. Die 14 500 Hennen produzieren täglich rund 10 000 Eier – nach den Erfahrungen von Dirk Börter-Gerwin zu 90 Prozent morgens in den dafür vorgesehenen abgedunkelten, mit Teppich ausgelegten Lege-Boxen in der Halle.

Geruch und Staub laut Betreiber "minimal"

„Erst ab 10 Uhr dürfen die Hühner ins Freie“, ergänzt der Betreiber, der sagt, die Emissionen von Geruch und Staub seien „minimal“ und „garantiert viel geringer als von einem Kuhstall mit 100 Kühen“. Natürlich würden die vorgeschriebenen Abstände von Stall und Hühner-Auslauf zur Wohnbebauung eingehalten.

Nach gut zwei Jahren werde der Hühner-Bestand getötet und als Bio-Fleisch weiterverarbeitet, zum Beispiel für Babynahrung, konkretisiert der Betreiber. Dann werde die gesamte Anlage gesäubert, desinfiziert und ein neuer Bestand eingesetzt. Alles werde – vor allem in der Bio-Produktion – regelmäßig überprüft. „Etwa alle sechs Wochen steht irgendein Kontrolleur vor der Tür – unangemeldet. Der Verbraucher will ja geschützt werden.“

Über 20 Gahlener Anwohner sehen viele Gefahren

Zu wenig geschützt fühlen sich dagegen über 20 Gahlener Anwohner, die sich bereits zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben.

„Es ist eine völlig bescheuerte Idee, eine solche Anlage so nah am Ortskern anzusiedeln“, sagt deren Sprecher Wolfgang Grabosch. Seine Mitstreiter sprechen unter anderem von einer „optischen Katastrophe“, drohenden „Gesundheitsschäden“ und „Gefahren durch verstärkten Lkw-Verkehr“ für den Abtransport der Eier und des Hühnerkots. „Alle drei Tage holt ein Sprinter die Eier ab. Der Mist wird eingelagert und zweimal im Jahr abgefahren“, erläutert Dirk Börter-Gerwin. ...

Südkurier – 3.7.2017:

Kundgebung gegen den Megastall in Sigmaringen

Über 200 Teilnehmer lehnen das Hahnennest-Projekt mit dem Bau eines 1000-Kühe-Stalls ab. Bejubelt wird die fulminante Rede des Ostrachers Karl Albert Magnus Friedrich.



Über 200 Teilnehmer solidarisieren sich auf dem Leopoldplatz in Sigmaringen mit dem Aktionsbündnis, das bei einer Kundgebung gegen Massentierhaltung und den geplanten 1000-Kühe-Stall in Ostrach-Hahnennest protestiert. Bilder: Jürgen Witt | Bild: Jürgen Witt Auch der kleine Dackel von Viola Hauser und Carola Selg ist gegen den Megastall. | Bild: Jürgen Witt Der Ostracher Karl Albert Magnus Friedrich (rechts) rührt die Versammelten mit seiner emotionalen Rede gegen die Kuhstallbetreiber. Links: Dominik Traub vom Aktionsbündnis. | Bild: Jürgen Witt

Sigmaringen – Sie sind gekommen, um gegen den geplanten Bau des 1000-Kühe-Stalls im Ostracher Ortsteil Hahnennest ihre Gegnerschaft und emotionale Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen. Die Organisatoren des Aktionsbündnisses haben aber ganz schön zu kämpfen: Ein stürmischer Wind pfeift über den Leopoldplatz, die Auslagen an den Ständen drohen, sich immer wieder zu verselbstständigen, Redemanuskripte hält der Organisationsleiter Dominik Traub in freundlich assistierender Rolle fest. Über 200 Menschen haben sich hier versammelt, um ihre Solidarität mit den Gegnern von Tierfabriken zu bekunden.

Sabine Massler, Vorsitzende vom Verein "Lebenshilfe Kuh & Co." aus Tengen, liest einen offenen Brief von Reiner Degen vor, der an die Bürger von Ostrach adressiert

ist und sie dazu aufruft, auf dieses Projekt in Hahnennest komplett zu verzichten. Massler konstatiert: "Es gibt eine Ethik für Menschen und keine andere für Tiere!"

Annamaria Waibel aus Pfullendorf ergreift das Wort für den Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der mit Nabu, Tierschützern und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in der "Bürgerinitiative gegen den gewerblichen 1000-Kühestall in Hahnennest" zusammenarbeitet. "Hier geht es um Agrarindustrie", betont sie und beschreibt die Größe des Areals der vier Landwirte, die schon jetzt über 1000 Hektar bewirtschaften und die zugleich die größte Biogasanlage in Baden-Württemberg betreiben. Was mit "bio" aber nichts zu tun hätte, eher mit Agrargas. "Wachsen oder Weichen" sei wohl deren einziges Motto. "Wir sehen in erster Linie das Elend der 1000 Hochleistungskühe und ihrer 1000 Kälber, die Natur, die ganze Umwelt und nicht zuletzt die Risiken für die Menschen.

" Waibel fragt sich nach dem Sinn und dem Kosten-Nutzen-Verhältnis, wenn jährlich zusätzlich 9 Millionen Liter Milch auf einem übersättigten Milchmarkt produziert werden. Bei diesem Verdrängungswettbewerb blieben 25 bis 30 Familienbetriebe auf der Strecke. Ebenso sieht sie die Qualität des Trinkwassers durch noch höhere Nitratwerte in Gefahr. Und sie weist daraufhin, dass dieser 1000-Kühe-Stall zwischen den Naturschutzgebieten Taubenried und Pfrunger-Burgweiler Ried liegt: "Die ganze Kulturlandschaft des Oberen Linzgaus würde durch dieses überdimensionierte Projekt beeinträchtigt".

Anneliese Schmech, Ehrenvorsitzende von AbL Baden-Württemberg, prangert an, mit welcher verstörender Ignoranz sich die Betreiber über bäuerliche Existenzen hinwegsetzen würden.

Es gibt viel Beifall für die jeweiligen Redner. Einen regelrechten Jubelsturm löst der Ostracher Karl Albert Magnus Friedrich aus, der mit seiner Emotionalität und trotz martialischer Wortwahl exakt den Nerv vieler Zuhörer trifft. Ostrach sei schon jetzt von größten Massentierställen umgeben: Mit 1200 Milchkühen, 10 000 Batterie-Legehennen, zudem sei eine Hähnchenmastanlage für 30 000 Hähnchen projektiert. Es gelte noch immer: "Die herrschende Dummheit ist stets auch die Dummheit der Herrschenden," sagt er, "und wenn Spitzentechnologie und Spitzenidiotie aufeinandertreffen, sind die Folgen in der Regel katastrophal und nicht mehr reparabel". Damit spielt Friedrich auf die vier Landwirte aus Hahnennest an. Sie hätten sich das so ausgedacht: Um fehlendes Material zum Betrieb der Gasanlage des Energieparks zu erhalten, bedürfe es der Gülle von 1000 Kühen. "Sollte dieses Bauvorhaben in Betrieb gehen, ist es das größte Verbrechen an der Bevölkerung, an der Natur, an der Umgebung und an den Tieren", ruft er unter prasselndem Applaus aus. Friedrich versteht es, Tierempfindungen zu vermitteln, er nennt namentlich jenes Ostracher Ratsmitglied Wolfgang Frey – dieser hat als Einziger gegen dieses Vorhaben gestimmt. "Der traut sich was", raunt das Publikum anerkennend über Friedrich. "Er hat uns aus dem Herzen gesprochen. Wir wollen Mut haben und Nein sagen", so das Fazit von Bündnissprecher Dominik Traub.

Ermutigend finden Viola Hauser und Carola Selg vom Veganerbund Sigmaringen, welches Echo ihre Unterschriftenaktion im sozialen Netzwerk Facebook fand: In vierzehn Tagen haben 25 500 Menschen ihren Protest gegen den Megastall unterstützt. Gerne geredet hätten auch Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen. "Ich

bedauere es schon, dass wir nicht öffentlich unser Anliegen zum Schulterschluss darbringen können", sagt der Sigmaringer Kreisvorsitzende Klaus Harter.

Der Veranstaltungsort wurde auserwählt, weil im Landratsamt das Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz ansteht, die letzte Instanz zum Bauantrag des Projekts. Annamaria Waibel erinnert an den erfolgreichen Widerstand gegen Atomkraftwerke und erklärt, ein Rechtsanwalt prüfe bereits die Chancen zum Widerspruch gegen diesen Milchpark von Hahnennest. Den Klageweg zu beschreiten sei sehr teuer: rund 20 000 Euro. Von daher sei der BUND auf Spenden seiner Freunde angewiesen.

Aktionsbündnis

Es steht für eine "zukunftsfähige Landwirtschaft ohne Massentierhaltung in Ostrach und anderswo". Es setzt sich aus dem Bund für vegane Lebensweise im Bodenseeraum, aus dem Vegetarierbund mit seinen Regionalgruppen Sigmaringen, Hegau-Bodensee, aus dem Veganerbund (Vebu) Black Forrest Schwarzwald, aus dem "peta2"-Street Team Sigmaringen (gegen Tierquälerei) und dem Verein Lebenshilfe Kuh & Co. zusammen. Angehängt hat sich der Arbeitskreis bäuerliche Landwirtschaft (ABL). Solidarisch erklären sich Naturschutzorganisationen von BUND und Nabu sowie der Sigmaringer Kreisverband der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Viele arbeiten in der "Bürgerinitiative gegen den gewerblichen 1000-Kühestall in Hahnennest" mit. (jüw)

OV - | 15.06.17 | Bakum – Yvonne Nuxoll:

Flächen für Stallbauten festgelegt

Der Stall ist voll: Die 14 Bebauungspläne regeln, auf welchen Flächen die Landwirte erweitern dürfen. Bakum steuert jetzt alle Stallbauten in der Gemeinde. Das Projekt "Steuerung von Tierhaltungsanlagen" ist nach dreieinhalb Jahren abgeschlossen. Damit ist genau festgelegt, welcher Landwirt auf welchen Flächen erweitern darf. Der Rat hat in seiner jüngsten Sitzung die letzten Satzungsbeschlüsse gefällt.

NWZ – 24.6.2017

OLDENBURGISCHE LANDESBANK

Bremer Kreditbank kauft die OLB

Die monatelange Hängepartie ist vorüber: Die Bremer, **hinter denen der US-Finanzinvestor Apollo steckt**, übernehmen von der Allianz deren Anteil an der OLB. Die Mitarbeiter fragen sich: Was kommt jetzt konkret? ...

Neuer Mehrheitsaktionär für Oldenburgische Landesbank AG

- Oldenburg, 23. Juni 2017

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) bekommt einen neuen Mehrheitsaktionär: Die Bremer Kreditbank AG (BKB) erwirbt von der Allianz Deutschland AG deren gesamte Beteiligung an der OLB in Höhe von rund 90,2 Prozent der Aktien. Der entsprechende Vertrag ist am heutigen Freitag, 23. Juni 2017, unterzeichnet worden. Der Kaufpreis für die veräußerte Beteiligung beträgt 300 Millionen Euro. Die weiteren Anteile in Höhe von rund 9,8 Prozent befinden sich in der Hand von privaten Investoren und Belegschaftsaktionären, denen die BKB kurzfristig ein freiwilliges Übernahmeangebot unterbreiten will. Der Abschluss der Transaktion („Closing“) steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden.

Die BKB erwirbt mit der OLB eine der größten privaten Regionalbanken Deutschlands mit Schwerpunkten im Firmenkunden- und Privatkundengeschäft. Die BKB hat ihren Geschäftsschwerpunkt in der deutschlandweiten Betreuung mittelständischer Firmenkunden sowie im Bereich Akquisitionsfinanzierungen und gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Mit dem Zukauf des Bankhauses Neelmeyer im Jahr 2016 hat die BKB auch die Betreuung vermögender Privatkunden in den Mittelpunkt gerückt.

„Wir sind stolz, die OLB von der Allianz erwerben zu können“, sagt Axel Bartsch, Vorstandsvorsitzender der BKB. „Zusammen sind wir eine starke Bankengruppe im Nordwesten. Unser Ziel ist es, auf einer einheitlichen Plattform und mit strategischer Fokussierung weiter zu wachsen“, kündigt Axel Bartsch an. ...

Der Beirat der OLB, die auch im Agrarkreditgeschäft sehr aktiv ist: (Stand: 1. August 2016):

**Dr. Carl Ulfert
Stegmann**

Vorsitzender

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Dr. Maria Apel

Stellvertretende Vorsitzende

Komplementärin und Vorsitzende des Beirats der Pöppelmann GmbH & Co. KG, Lohne

Manfred Adrian

Verleger der Wilhelmshavener Zeitung, Wilhelmshaven

Robert Allmers

Verleger des Jeverschen Wochenblatts, Jever

**Prof. Dr. Heinz-W.
Appelhoff**

Privatier, Rastede

Christian Basse	Geschäftsführender Gesellschafter SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, Norden
Harald Beenen	Geschäftsführer der H. Beenen Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Aurich
Dr. Jan Bernd Berentzen	Geschäftsführender Gesellschafter der BerentzenMally Marketing plus Services GmbH, Greven
Clemens van den Berg	Gesellschafter der van den Berg GmbH & Co. KG, Lingen
Dr. Franz J. Bönkhoff	Gesellschafter der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterkanzlei Dr. Bönkhoff& Partner, Oldenburg
Dr. Bernhard Brons	Vorstand der Reederei Aktien-Gesellschaft "EMS", Emden
Heiner Bröring	Ehem. Geschäftsführer der H. Bröring GmbH und Co. KG, Dinklage
Heinz Buse	Inhaber und Geschäftsführer der Heinz Buse Unternehmensgruppe, Leer
Philip Freiherr von dem Bussche	Landwirt, Bad Essen
Dr. Markus Connemann	Geschäftsführer der Hammerlit GmbH, Leer
Claas E. Daun	Vorsitzender des Vorstands der Daun& Cie. AG, Rastede
Stefan Delkeskamp	Geschäftsführer der Delkeskamp Verpackungswerke GmbH, Nortrup
Dr. Olaf Holzkämper	Mitglied des Vorstands der CEWE Stiftung & Co. KGaA, Oldenburg
Isabel Hüppe	Rechtsanwältin, Großenkneten-Huntlosen
Tido Graf zu Inn- und Knyphausen	Selbstständig in den Bereichen Land- u. Forstwirtschaft, Erneuerbare Energien, Tourismus und Golf, Lütetsburg
Professor Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski	Institutsdirektor und Geschäftsführer des Instituts für Ökonomische Bildung, Oldenburg
Hans-Dieter Kettwig	Vorstandsvorsitzender der Aloys-Wobben-Stiftung, Aurich
Jörg-Peter Knochen	Ehem. Geschäftsführender Gesellschafter der

	Oldenburgische Volkszeitung Druckerei und Verlag KG, Vechta
Michael Koch	Vorstand der Kaffee-Partner Leasing AG, Osnabrück
Reinhard Köser	Verleger der Nordwest-Zeitung, Oldenburg
Dr. Dieter Köster	Vorsitzender des Aufsichtsrates der Köster Holding AG, Osnabrück
Angela Krüger-Steinhoff	Geschäftsführerin der Steinhoff Familienholding GmbH, Westerstede
Dr. Andreas Kühnl	Geschäftsführer der H. Kemper GmbH & Co. KG, Nortrup
Friedrich-Wilhelm Freiherr von Landsberg-Velen	Geschäftsführender Gesellschafter vom Ferienzentrum Schloss Dankern GmbH, Haren
Hermann Lanfer	Geschäftsführender Gesellschafter der Lanfer Logistik GmbH, Meppen
Johannes van der Linde	Geschäftsführender Gesellschafter der LUDWIG FREYTAG GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Oldenburg
Dirk Lütvogt	Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Lütvogt GmbH & Co. KG, Wagenfeld
Bernd Meerpohl	Vorsitzender des Vorstands der Big Dutchman AG, Vechta
Bernard Meyer	Geschäftsführer der MEYER-WERFT GmbH & Co. KG, Papenburg
Konsul Friedrich A. Meyer	Geschäftsführender Gesellschafter der F. A. Meyer Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven
Eske Nannen	Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden Stiftung Henri und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo, Emden
Holger Neumann	Geschäftsführer der Pallas Group, Diepholz
Fritz-Dieter Nordmann	Geschäftsführender Gesellschafter der Nordmann Unternehmensgruppe, Wildeshausen
Peter Pickel	Geschäftsführender Gesellschafter der August Pickel GmbH & Co. KG, Oldenburg
Christian Rauffus	Geschäftsführender Gesellschafter der

Rügenwalder Wurstfabrik Carl Müller GmbH & Co. KG, Bad Zwischenahn

Klaus Rücker

Geschäftsführender Gesellschafter der Rücker-Gruppe, Aurich/Wismar

Dr. Heiko Sanders

Steuerberater und Unternehmensberater, Wiesmoor

Ralf Schu

Geschäftsführer der Papier- u. Kartonfabrik Varel GmbH & Co. KG, Varel

Dirk Schulte Strathaus

Verleger des Delmenhorster Kreisblatt, Delmenhorst

Carl Ulfert Stegmann

Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney

Felix Thalmann

Vorsitzender der Geschäftsführung der BÜFA GmbH & Co. KG, Oldenburg

Franz Thiele jun.

Geschäftsführer der Thiele & Freese GmbH & Co. KG, Emden

Harald Vogelsang

Geschäftsführer der Hugo Vogelsang Maschinenbau GmbH, Essen (Oldenburg)

Heidi Gräfin von Wedel

Wilhelmshaven

Manfred Wendt

Sprecher der Geschäftsführung der Johann Bunte Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Papenburg

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstands der PHW-Gruppe, Visbek

Roland Zerhusen

Geschäftsführer der ZERHUSEN Kartonagen GmbH, Damme

<https://www.olb.de/OLB/Unternehmen/Die-OLB/Beirat>

Zum Schutz von Menschen und Weidetieren:

Wolfspopulationen wirksam vergrämen und regulieren!

Neue bedrohliche Fakten zum Wolfsverhalten nicht weiter schönreden!

Der Wolf sei lernfähig, so der frühere Bremerhavener Zoo-Direktor Rüdiger Wandrey jüngst im Weserkurier. Bald werde er die meisten Hürden überwinden, die der Mensch gegen ihn errichte. „Ich habe immer gesagt, der Wolf greift keinen Menschen an, aber ich habe ja auch geglaubt, das würde für Rinder gelten“, sagt er und räumt ein, dass er manche seiner Ansichten revidiert hat.

Wölfe sind lernfähig

Dies ist eine der bisher ehrlichsten Einschätzungen zur sogenannten „Rückkehr“ der Wölfe nach Deutschland. Während „Wolfsexperten“ aus Naturschutzbehörden und Naturschutzverbänden vor allem Angelesenes aus früheren Zeiten rezitieren, zeigen die Fakten, dass vieles davon so nicht unbedingt stimmt und dass man sich neuen Erkenntnissen öffnen muss.

Dies gilt insbesondere für die Behauptung, die Wölfe seien Menschen gegenüber scheu und „meistens“ ungefährlich. Das gilt ebenso für die unentwegt propagierte Strategie, man könne die massive Bedrohung der Weidetierhaltung mit Zuschüssen für Zaunbauten, Entschädigungs-Zahlungen bei Wolfsrissen, mit Hilfstrupps, Herdenschutz-Hunden oder Eseln in den Griff bekommen.

Der Wolf ist lernfähig. Und die Sozialisation der neuen Wolfspopulationen in der heutigen deutschen Umgebung unterscheidet sich gravierend von der Sozialisation in anderen Jahrhunderten oder anderen Ländern. Diese Wölfe erleben tagtäglich neu, dass Menschen keinerlei Bedrohung für sie darstellen, weil sie – auch bei starker Annäherung an Menschen und Dörfer oder bei Rissen von Weidetieren oder beim Vorsicht-Treiben von panischen Rindern – keinerlei wirksame Vergrämungen oder Abschüsse erleben.

Auf der Internetseite des Wolfcenters Dörverden heißt es: „Selbst innerhalb der Metapopulation einer Wolfsunterart wie zum Beispiel Europäischer Grauwolf ist es nicht eindeutig möglich vorherzusagen, wie sich die Wölfe verhalten bei ihrer selbstständigen Wiederansiedlung in einem Gebiet, in dem sie Jahrzehnte nicht mehr vorgekommen sind. Es muss stets der gesamte Kontext betrachtet werden... Wölfe lernen u.a. am Erfolg und Nichterfolg – können sie in einem Gebiet ihr Beutespektrum erweitern oder jagen sie nur die Tierarten, die sie im elterlichen Rudel "gelehrt" bekamen? Wie hoch ist die Siedlungsdichte des Menschen? Gibt es geeignete Rückzugsräume? Wie hoch ist der Freizeitdruck in der Natur durch den Menschen? Wie stellen sich Art und Umfang der Nutztierhaltung dar? Wird das Nutzvieh durch geeignete Zäune geschützt? Und, und, und ...“

Ängste vor dem Wolf sind berechtigt

Die Sorgen vieler Menschen vor Wanderungen allein oder mit Hunden in der Natur oder die Hinweise auf die Bedrohung der Weidehaltung von Rindern, Schafen, Damwild oder auch Pferden sind deshalb berechtigt. Sie können nicht als Mythen-Relikte aus früheren Jahrhunderten beiseite gewischt werden. Und es ist mehr als leichtfertig, das Durchstreifen von Dörfern durch Wölfe oder die direkten Annäherungen an Joggerinnen, Ackerbauern oder auch Kinder als „Neugier von Jungtieren“ oder als das Ergebnis von angeblicher Anfütterung zu verharmlosen.

Natürlich nicht die Ausrottung, wohl aber längst überfällige Vergrämung von Wölfen steht jetzt an, damit die Tiere die verloren gegangene Scheu wieder erlernen. Dazu

gehört die systematische Vergrämung mit Gummikugeln ebenso wie der - nicht nur vereinzelte - Abschuss der Problemwölfe. Nur so wird man ja auch Erkenntnisse darüber gewinnen können, mit welchen Vergrämungsmethoden man die notwendige Wirkung erzielt.

Flächendeckende und unbürokratische Vergrämungsstruktur

Der Hinweis auf die einmalige „Entnahme“ des Wolfes „Kurti“ oder die Versprechen, notfalls eine weitere solche Entnahme durchzuführen, sind wenig seriös, wenn man berücksichtigt, welche langandauernde bürokratische Abläufe vor einem einzelnen Abschuss zu durchlaufen wären. Verständlicherweise wehren sich Jäger dagegen, die Zuständigkeiten für diese Aufgaben übertragen zu bekommen. Angesichts der Bedeutung einer soliden Wolfs-Kennntnis beim Abschuss der richtigen Wölfe ist es dringend notwendig, nun rasch eine flächendeckende Struktur von gut ausgebildeten Jägern/Berufsjägern für diese Vergrämungen und auch für Abschüsse zu schaffen. Bisher wird aber immer nur vertröstet. Vertreter einer ideologisch-bornierten „Wolf-Willkommen-Ideologie“ reden einer ungehinderten Ausbreitung der Wölfe das Wort, selbst auf Kosten der Vernichtung des genetisch einzigartigen Mufflon-Vorkommens in der Góhrde.

Der stereotype Hinweis auf den angeblich nicht veränderbaren EU-Artenschutz des Wolfes (zumindest bis zu einer ausreichenden Population auch in Deutschland) ist falsch. Man kann und muss nun beantragen, den Wolf auch in Deutschland artenschutzrechtlich aus Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie zu übertragen – wie in anderen EU-Ländern (Baltikum, Balkan) und wie bei anderen geschützten Arten praktiziert.

Regulierung der Wolfspopulation

Zudem sind die Populationen des mitteleuropäischen Wolfs längst mehr als ausreichend – wenn man endlich die genetisch identischen Wolfsvorkommen in Polen, im Baltikum, in Weißrussland oder in Russland nicht weiter ausklammern würde. Der Wolfsexperte und Zoologe Prof. Dr. Michael Stubbe (Universität Halle) verweist darauf, dass die mehr als ausreichenden und exponentiell wachsenden Wolfszahlen auch in Deutschland schon jetzt dringend zu regulieren seien: Wenn man jetzt jährlich in Deutschland etwa 90 Wölfe schieße, bleibe die Populationszahl erhalten - es werde aber ein weiterer Zuwachs verhindert, der sonst nur sehr schwer wieder reduziert werden könnte.

Professor Stubbe: „Die Szenarien der Eigendynamik des Wolfes werden von GRANLUND (2015) für unterschiedliche Reproduktionsprozente klar ausgewiesen. Bei einer sehr geringen Reproduktionsrate von 30%/Jahr würden, sofern keine Eingriffe erfolgen, allein in Deutschland 2021 1000 und 2025 2000 Wölfe leben!“ (Beitrag in Jagd- u. Wildforschung, 2016). Stubbe berichtet auch über Untersuchungen, die hohe Zahlen und Anteile von Nutztier-Wolfsrissen in anderen Ländern belegten und außerdem auch die Tötung von Menschen durch Wölfe.

Weidetierhaltung einer bornierten Wolfsideologie opfern?

Angesichts der Bedrohung der Weidetierhaltung durch Wölfe in weiten Teilen Deutschlands fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) von Landes- und Bundespolitik unverzügliche und wirksame Schritte zur Lösung dieses immer drängenderen Problems. Die Debatte über Schutzzäune oder Entschädigungen sei völlig ungeeignet, einen wirksamen Schutz für die Weidetiere zu schaffen – dies sei völlig unbezahlbar, unwirksam und zudem auch naturschutzmäßig nicht hinnehmbar wegen der Verzaunung und Versperrung ganzer Landschaften.

Vielmehr stehe man vor einer klaren Entscheidung, ob man flächendeckend die Weidetierhaltung opfern wolle – für Wolfsrudel, deren ökologische Bedeutung für die Wild-Regulation und den Wald doch sehr begrenzt sei, und von denen sich offenbar einige sogar zunehmend auf Nutztiere spezialisierten. Dies sei gerade für bäuerliche Betriebe nicht hinnehmbar, zumal derzeit gerade eine agrarindustriell ausgerichtete Lobby massiv darauf dränge, Kühe künftig in Groß-Stallhaltung auf Maisfuttergrundlage zu halten statt in Weidehaltung (mit dem damit verbundenen Erhalt des Grünlands). Deshalb, so die AbL, dürfe es bei der „Wolfsdebatte“ nunmehr keine Tabus und Falsch-Behauptungen mehr geben.

Eckehard Niemann

Landesverband Niedersachsen/Bremen

der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Handelsblatt-Morning-Briefing – 3.7.2017

... eine Meldung aus dem **Hochadel**: Die als **Hochzeit des Jahres** angekündigte Vermählung von **Ernst August Erbprinz von Hannover** mit **Modeschöpferin Ekatarina Malysheva** steht unter keinem guten Stern. Der Vater des Bräutigams, **Ernst August Prinz von Hannover**, verweigert die Zustimmung zur Trauung am Samstag und fordert umfangreiche Schenkungen zurück. Es geht um die **Marienburg** (Stammsitz der Welfen) sowie um viel Wald und Acker. Auch will er wieder in den Rat einer wichtigen Stiftung in **Liechtenstein** eingesetzt werden. „Ich tue das nicht gerne, aber ich sehe mich dazu gezwungen, um die Interessen des Hauses Hannover zu wahren“, sagt Ernst August Senior im Handelsblatt. Das **Ja-Wort** sprechen am Samstag die Brautleute, doch das Wort haben die Anwälte.

Untertanengeist? Wichtigtuerei? Normalität?

NDR

Schützenbruderschaft probt für Welfenhochzeit

Hallo Niedersachsen - 02.07.2017 19:30 Uhr

Die Schützenbruderschaft "Das Große Freie" wird dabei sein, wenn Ernst August Erbprinz von Hannover Ekaterina Malysheva heiratet. Deshalb wurde hier das Spalierstehen geübt.

NDR - 29.06.2017

Schostok: Nach den Welfen wird weiter getraut

In einer Woche, also am 6. Juli, werden Ernst August Erbprinz von Hannover und seine Verlobte Ekaterina Malysheva, ihres Zeichens Modedesignerin nicht adliger Herkunft, im Neuen Rathaus standesamtlich getraut. Das Ganze wird ab 11 Uhr in deutscher und englischer Sprache stattfinden, allerdings im privaten Rahmen: "Das ist kein Staatsakt, sondern eine persönliche Zeremonie", sagte Stefan Schostok (SPD). **Hannovers Oberbürgermeister wird die Trauung vornehmen.** Seit dem Frühjahr darf der Politiker das - nachdem er eine zwölfstündige Ausbildung zum Standesbeamten absolviert hat. Den Lehrgang habe er aber nicht mit Blick auf die Welfen-Hochzeit belegt.

HAZ, 1.7.2017: Wer traut das Paar?

Die kirchliche Trauung nimmt der **frühere Landesbischof** Horst Hirschler (83) vor. Predigen will er auf Deutsch, für die Gäste liegen englische und russische Übersetzungen der Predigt bereit. Der 83-Jährige hat 1999 bereits die Halbschwester des Bräutigams, Alexandra, getauft, die am 8. Juli Brautjungfer sein könnte. Ernst Augusts Großvater saß über Jahrzehnte in der Synode, dem Kirchenparlament. Hirschler freut sich auf die Feier: „Wir singen unter anderem ‚Lobe den Herren‘“, sagt er.

Viele Landgemeinden haben Patenschaften mit Bundeswehr-Einheiten:

Gedanken zu Bundeswehr-Patenschaften (E. Niemann)

Die AZ berichtete am 30.6.2017 unter der Überschrift „50 Jahre voller Freundschaft und Bürgernähe“ darüber, wie die Gemeinde Eimke beim Schützenfest auch das Jubiläum ihrer Partnerschaft mit einer Bundeswehr-Kompanie aus Munster feierte: „Patenkompanie, Kyffhäuser-Kameradschaft und Schützen-Club mit Gastvereinen sowie die Feuerwehren der Gemeinde traten am Festplatz an.“ Es sprachen Bürgermeister Amtsfeld, CDU-Bundestagsabgeordneter Otte und der stellvertretende Bataillonskommandeur Wenzel. ... „Die Patenkompanie präsentierte sich an diesem Tag mit einer Fahrzeug- und Waffenschau sowie der Ausstellung „Leben im Felde“. Vorangegangen war ein ökumenischer Festgottesdienst.

Gerade nach dem Wegfall der Wehrpflicht, die ja automatisch dafür sorgte, dass „Bürger in Uniform“ den Kontakt zu den „Bürgern ohne Uniform“ nicht verloren, **können solche Patenschaften sicher dazu genutzt werden, dass sich innerhalb der Berufsarmee kein abgehobenes militaristisch-reaktionäres Kasten-Bewusstsein bildet** wie in früheren Zeiten. Bürgermeister Amtsfeld hatte Recht, wenn er dabei besonders auf die entstandenen engen Verbindungen und Freundschaften hinwies. **Solche persönlichen Verbindungen sind sicher wichtiger als offizielle Patenschafts-Veranstaltungen, bei denen die Soldaten sich ja offiziell und praktisch im Dienst mit ganz bestimmten auch-militärischen Zielen befinden.**

So heißt es im Ministerialblatt des Bundesministers der Verteidigung (VMBl) unter anderem dazu:

„1) Patenschaften von Einheiten und Verbänden der Bundeswehr mit Städten und Gemeinden in der Umgebung des Standortes sollen das Verständnis der Bürger für die Bundeswehr als Instrument einer wehrhaften Demokratie zur Friedenssicherung fördern. Sie wachsen aus dem gegenseitigen Verstehen von Gemeinde und Bundeswehr.

2) Patenschaften ergänzen die Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen durch das lebendige Beispiel der Truppe. Sie vertiefen die Integration der Einheiten und Verbände in ihre lokale Umwelt und tragen zum Verständnis der Bürger für die Belastungen aus dem Truppenalltag bei.

3) Patenschaften ergänzen Freizeitmaßnahmen und haben ihren Schwerpunkt im außerdienstlichen Bereich. Die Teilnahme an Maßnahmen im Rahmen der Patenschaftspflege ist für den einzelnen gleichwohl Dienst.“

Patenschaft ist laut Wikipedia „die freiwillige Übernahme einer Fürsorgepflicht“. **Zur Fürsorge einer Gemeinde für ihre Paten-Kompanie und deren Soldaten sollte deshalb auch gehören, sich um die innermilitärischen Sorgen und Probleme der Soldaten zu kümmern. In der Bundeswehr gilt oder sollte gelten das demokratische Prinzip der „Inneren Führung“:**

www.bundeswehr.de: Die Innere Führung: Das „Markenzeichen“ der Bundeswehr - Berlin, 16.05.2017:

Die Innere Führung bildet die Wertegrundlage für verantwortliches Handeln in der Bundeswehr. Alle Angehörigen der Bundeswehr sind auch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – mit allen Rechten und Pflichten.

Als Staatsbürger in Uniform sind Soldatinnen und Soldaten den Werten und Normen des Grundgesetzes besonders verpflichtet. Umgekehrt müssen auch Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr die Werte und Rechte erleben können, für deren Schutz sie einstehen sollen.

Die Innere Führung vermittelt diese Werte und setzt sie um. Dazu zählen Menschenwürde, Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie. Sie müssen in der Aus- und Weiterbildung der Soldaten an Beispielen fassbar gemacht werden, denn im äußersten Fall setzen Soldaten für diese Werte ihr

Leben aufs Spiel. Das heißt auch, dass ein gemeinsames Grundverständnis über die Werte der Inneren Führung besteht.

Die Innere Führung ist schließlich auch die Pflicht, selber zu denken und nicht blind zu folgen. Sie bildet für jeden Soldaten die Grundlage seines Handelns.

Die Grundidee der Inneren Führung ist nur zu verstehen, wenn ihre Entstehungsgeschichte mitgedacht wird. Die deutsche Wehrmacht war in die Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als die Bundeswehr 1955 gegründet wurde, stellte sie sich bewusst nicht in die Tradition der Wehrmacht. Im Traditionserlass von 1982 wurde eindeutig festgelegt, dass ein Unrechtsregime wie der Nationalsozialismus – und mit diesem die Wehrmacht – keine Tradition für die Bundeswehr begründen kann.

Mit dem sogenannten „Primat der Politik“ wurde die Bundeswehr als Armee in der Demokratie verankert und der Politik unterstellt. Bewaffnete Einsätze werden im Bundestag beschlossen und von ihm mandatiert. Die Streitkräfte werden also von den gewählten Bundestagsabgeordneten in den Einsatz geschickt.

Die Bundeswehr kennt keinen unbedingten Gehorsam. Die letzte Entscheidungsinstanz bleibt das Gewissen jedes Einzelnen. Dieses Gewissen zu schulen, ist die Aufgabe der historischen und politischen Bildung, des lebenskundlichen Unterrichts und des Führens durch Vorbild. Staatsbürgerliches Handeln setzt historische und politische Bildung voraus.“

Deshalb ist es wichtig, dass die Soldaten nicht nur die Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren, sondern auch die in der Gesellschaft stattfindende Diskussion und Auseinandersetzung. Bei einer aktuellen Umfrage forderten 55% der Deutschen den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, nur jeder fünfte Befragte sprach sich für den Verbleib aus. Laut früheren Umfragen lehnen fast zwei Drittel der Deutschen die Ausweitung der Auslandseinsätze ab. Auch bei den Soldaten gibt es ähnliche Überzeugungen und Skepsis – **gute Paten sollten diese Fragen deshalb offensiv thematisieren und mit der Bundeswehr und den Paten-Soldaten diskutieren. Zumal viele Soldaten nach ihren Einsätzen mit ihren Kriegstraumata eher allein gelassen werden:**

https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/bundeswehr/kriegstrauma-nach-kampfeinsatz.html

<http://www.zeit.de/2012/49/Bundeswehr-Soldaten-Verletzte-Fuersorge-Mangel>

Ob diese Fragen in Eimke bei der Ausstellung „Leben im Felde“ ausreichend thematisiert wurden? In einem früheren Bericht über diese Ausstellung heißt es in einer anderen Zeitung lediglich, dass „Soldaten zeigen, wie sie mit einfachsten Mitteln zurecht kommen“.

Es ist sicher interessant und wichtig zu wissen, mit welchen Waffen die Bundeswehr ausgestattet ist. Aber ob „Waffenschauen“ ohne eine entsprechende Diskussion und

Einordnung von Sinn oder Unsinn von Auslands-Einsätzen **dem eigentlich zentralen Gedanken der Verhinderung von Krieg und der Vermeidung von Krieg durch andere Maßnahmen** wirklich dienlich sind? Ob das bei den Reden und/oder dem Gottesdienst ausreichend thematisiert und problematisiert wurde?

Kürzlich wurde auf Lüneburgs Marktplatz ein „Rückkehrerappell“ für Soldaten nach ihrem Einsatz in Mali veranstaltet. Statt der laut Landeszeitung erwarteten 1.500 Besucher kamen nur 600 – hinzu kamen Demonstranten, die gegen diesen Auslandseinsatz in Afrika und gegen deutsche Waffenexporte protestierten und imperialistische deutsche Interessenpolitik dahinter vermuteten. Auch der Kommentator der Landeszeitung rief danach dazu auf, die Wiederholung von derlei militärischen „Appellen“ zu hinterfragen und über andere Formen nachzudenken....

Weitere Links zum Thema Patenschaften:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/026/1702688.pdf>

<http://www.darmstaedter-signal.de/positionen/pressemitteilung-bundeswehr-ohne-uno-mandat/>

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/006376.html>

WESERKURIER - Dagmar Voss 29.06.2017 :

Erfinderischer Landwirt - Das Büntemeyer-Prinzip

Martin Büntemeyer ist ein Landwirt, der ständig an die Optimierung seiner Arbeit denkt. Dabei wird er sogar des Öfteren selber zum Erfinder – wie bei seiner patentierten Scheibenegge.

Syke-Okel. Mit Ackerbau und Grassaatvermehrung, mit dem Anbau von Raps und Weizen, Mais und Wicken beschäftigt sich Martin Büntemeyer auf seinen Flächen in Okel. Wobei er vor allem mit der Grassaatvermehrung einen großen Teil seines Einkommens bestreitet. „Es gibt eine Vielzahl von verschiedenen Samenstämmen, die ich hier anbaue. Die müssen natürlich immer sauber gehalten werden, denn man will ja nicht unbedingt im eigenen Garten das Saatgut für Park- oder Sportrasen ausbringen.“

Der Gärtner, Fachrichtung Gemüsebau, pachtete 1994 zunächst einen Hof in Syke, und fing auf drei Hektar Fläche mit dem Anbau von Porree, Brokkoli und später Kohlrabi an. Heute bewirtschaftet er auf seinem Anwesen 150 Hektar, mittlerweile aber ohne Gemüse. Er schreibt für die Zeitschrift Traktor XL Fachartikel und Reportagen, besucht Landwirtschaftsmessen in Großbritannien, Dänemark oder Polen, und macht Werkzeug- und Landtechnik-Tests.

Und als ob es nicht reicht, so viele Hektar zu bearbeiten - meist allein mit großen Maschinen, früher mal mit Erntehelfern, heute nur selten im Sommer mithilfe von Lohnbetrieben - hat er immer irgendwelche Ideen zu den Geräten im Kopf. „Denn im Winter, wenn die Feldarbeit erledigt ist, hat man ja Zeit für anderes“, sagt

Büntemeyer. Seit 17 Jahren ist der 41-Jährige immer wieder dabei, sich nebenher immer noch mit Verbesserungen für seine Arbeit zu befassen. „Von Erfindungen kann man nicht direkt reden, aber ich greife auf Sachen zurück, die es gibt und versuche, die zu optimieren.“

So kam er vor Jahren auf die Idee, eine Porree-Erntemaschine zu entwickeln, die das Gemüse schon auf dem Feld quasi bissfertig bearbeitet. Wie die Jungfrau zum Kinde kam er zum deutschlandweiten Vertrieb einer speziellen Pflanzenschutzspritze. Auf einer Messe in Polen entdeckte er einen Hersteller dafür und schrieb darüber. Leider gab es dann plötzlich keinen Importeur mehr, also ist Martin Büntemeyer seit 2014 nun für den Vertrieb der polnischen Feldspritzen in Deutschland zuständig.

Gemeinsam mit dem Spritzen-Hersteller entwickelte er eine neue, patentierte Egge die den Grubber ersetzt – „die ist wie eine Bombe eingeschlagen“, erinnert er sich. Diese besondere „Scheibenegge“ ist für die Bodenbearbeitung gedacht, wenn die Wintersaat weg muss. Einige Details wurden verändert, die scharfen Zähne durch zwei Reihen Scheiben mit Kerben ersetzt sowie die Abstände vergrößert. „Diese Teller können nicht verstopfen, die Erde bekommt Luft bis hinten zur Packerwalze.“ Für den Laien erklärt er das dann augenzwinkernd so: „Wie bei einer Pizza, wo ein scharfer Roller auch besser schneidet, als ein Messer.“

Natürlich hat er noch Ideen für ein paar weitere neue Maschinen im Hinterstübchen – oder schon einiges ausprobiert und für gut befunden. Bei der Sätechnik ist er unzufrieden mit den kleinen Reifen für diese Maschine und schweißst an einer Optimierung. Und auch am anderen Ende der Arbeitsgänge, bei der Ernte fällt ihm einiges auf, was einer Änderung bedarf. So hat er Container im Einsatz, in die seine Ernte sofort auf dem Feld gefüllt wird. Da müssen keine Gummiwagen mehr an- und abfahren oder ständig repariert oder ersetzt werden.

NWZ – 29.6.2017 – Karsten Krogmann

DUELL DER FELDER

Mit dem „Bauernschreck“ auf dem Kartoffelacker

Der grüne Landwirtschaftsminister Christian Meyer stellt sich mit dem roten Eimer der Kartoffelkäfer-Plage auf dem Neerstedter Feld. Nebenher wirbt er für einen „nationalen Agrarkonsens“.

NEERSTEDT Schirmherr, das ging früher auch mal leichter. Man schnitt ein Band durch, man sagte ein Grußwort auf, fertig. Heute muss der Schirmherr aufs Feld, Kartoffelkäfer sammeln.

„Sind Sie mit einem roten Eimer einverstanden?“ Der grüne Minister nickt.

Christian Meyer, 41 Jahre alt, als niedersächsischer Landwirtschaftsminister auch für Kartoffelkäferbefall zuständig, hat sich vorbereitet. Er zupft einen Internetausdruck aus seinem Jackett, „Biologische Bekämpfungsmöglichkeiten des Kartoffelkäfers“. Aber er kann den Zettel gleich wieder einstecken, denn Bio, das haben sie hier

längst geklärt: Rücken krumm machen, Kartoffelkäfer vom Blatt pflücken, Kartoffelkäfer in den Eimer werfen.

„Nicht den Marienkäfer, den mögen wir!“, warnt [Lars Reckermann](#) den Minister vor Fehlgriffen. Marienkäfer fressen Kartoffelkäferlarven.

Hier an der Brettorfer Straße in Neerstedt ([Landkreis Oldenburg](#)) kämpfen nicht nur Kartoffelkäfer gegen Kartoffelpflanzen, sondern vor allem Journalisten gegen Junglandwirte. Gewinnen wird das „Duell der Felder“ am Ende, wer auf seinem Feld die meisten Kartoffeln erntet. „Und wer am effizientesten gearbeitet hat“, ergänzt [Dietz Wiechers](#) schnell, der Sprecher der Junglandwirte. (Das muss er sagen: Die Journalisten haben derzeit die dickeren Kartoffeln. Sie haben aber auch schon mehr Geld ausgegeben als die Junglandwirte.)

„Welche Sorte habt ihr denn?“, fragt der Minister. „Belana“, antwortet Reckermann, 47 Jahre alt, Chefredakteur der NWZ und Chefbauer auf dem Journalistenfeld. Er bückt sich, da sitzt schon wieder so ein Kartoffelkäfer. „Muss ich mir Sorgen machen?“, fragt Reckermann.

Die Junglandwirte haben keinen Kartoffelkäfer auf ihrem Feld. Sie haben ein Insektizid gespritzt. Die Journalisten wollen es ohne Gift versuchen.

„Ach“, tröstet der Minister fachkundig den Chefredakteur, „das sieht doch gut aus. Das ist ja wenig angefressen.“

„Super Auerochsenwurst“

Meyer, gelernter Diplomsozialwirt, galt lange als fachfremd unter Landwirten, schlimmer noch: als „Bauernschreck“, wie ihn Reckermann später in der Diskussion nennt. „Ich werde nicht geliebt“, sagt Meyer selber. Aber erschreckt hätten sich die Bauern dann doch nicht, wenn er irgendwo aufgetaucht sei. Vielleicht auch, weil Meyer in seinen inzwischen viereinhalb Ministerjahren zunehmend vermittelnd auftritt.

Also lobt er auch auf dem Feld erst einmal die „super Aktion“, die ja „bundesweit einmalig“ sei und zum besseren Verständnis zwischen Journalisten und Junglandwirten beitragen werde. „Beide fühlen sich nicht richtig wahrgenommen“, hat der Politiker beobachtet.

Aber Meyer will hier auf dem Feld auch zum besseren Verständnis zwischen Landwirten und Landwirtschaftsminister beitragen, deshalb gibt es eine Fragestunde. Der Minister zieht sein Jackett aus.

Bevor es ans Eingemachte geht, sollen die Junglandwirte den Menschen Meyer kennenlernen. Lieblingswurst?

„Wildschweinwurst“, antwortet der Minister. Oder diese „super Auerochsenwurst“.

Wenn er Tiere halten müsste, welche wären das?

„Kühe.“

Wenn er selbst ein Tier wäre, welches wäre das?

„So'n Rind. Wenn das draußen auf der Weide rumläuft mit Hörnern, dem geht es verhältnismäßig gut.“

Welches Buch sollte jeder Mensch gelesen haben?

„Grundgesetz.“

Und damit ist der Minister bei dem angelangt, was ihn und die Landwirte derzeit am meisten beschäftigt: die Gesetze.

Vorn sitzt Jungbauer Christian, 28, Schweinehalter. Er will einen neuen Stall bauen, aber ihm fehlen die gesetzlichen Klarheiten. Was soll ich tun, was darf ich eigentlich?

Meyer sagt: „Ich gebe ihm vollkommen Recht.“ Zurzeit gebe es eine Reihe Gesetze, die einen Bauern daran hindern, einen alten Stall zu einem besseren neuen Stall umzubauen: Umweltgesetze, Tierseuchengesetze, Baugesetze.

Er erzählt ein Beispiel aus Friesoythe, [Landkreis Cloppenburg](#): Da sind im Immissionsschutz überall die gesetzlichen Grenzwerte erreicht, kein Stallneubau wird mehr genehmigt. Das bedeutet aber auch, dass ein Bauer, der von Spaltenboden auf einen modernen Offenstall mit Stroh umstellen möchte, das nicht darf. Der Bauer muss also den alten Stall weiterbetreiben, für den er eine unbefristete Genehmigung hat. Schlecht für den Tierschutz, schlecht für Immissionsschutz, findet Meyer.

Und die Lösung?

Meyer wirbt für einen „nationalen Agrarkonsens“. Eine bundesweite Expertenrunde arbeite daran, unter Beteiligung von Umweltministerium, Agrarministerium, Bauministerium.

Nächstes Stichwort: Gülle.

Wieder wirbt Meyer für Verständnis. „Pflanzen brauchen Dünger“, sagt er. „Es ist richtig, dass ein Landwirt Gülle ausbringt, und natürlich riecht das auch mal. Ne Kuh schietet auch draußen.“

Aber: Meyer setzt sich auch klar für eine bodengebundene Tierhaltung ein. Soll heißen: Ein Landwirt sollte nur so viele Tiere halten, wie er auch an Gülle auf seinem Land ausbringen kann. „Aber wir haben eben einzelne Regionen, Cloppenburg, Vechta, wo deutlich zu viele Tiere sind. Und da müsste nach der jetzigen Düngeverordnung zwei Drittel austransportiert werden. Das wird nicht die Haltungsform der Zukunft sein.“

„Keine Verbote“

Verordnungen, Gesetze, Anträge. Das ist das nächste Stichwort für die Landwirte: diese Bürokratie!

Die neue Düngeverordnung mit ihren Meldepflichten! Die Pachtpreisbremse! Die fehlenden Baugenehmigungen! Dietz Wiechers, 25, der Sprecher der Junglandwirte, sagt: „Landwirtschaft nehme ich inzwischen so wahr, dass der Landwirt nur noch die ausführende Kraft ist – und andere sagen, was er zu tun hat.“

Nein, das will auch der Minister nicht. „Ich hätte gern, dass der Landwirt auf dem Acker ist und nicht im Büro.“

Und dann sagt er den Zaubersatz: Wer eine Landwirtschaft will, die tierfreundlicher ist, umweltfreundlicher und trotzdem wirtschaftlich, der muss das über Honorierung machen. „Das ist für mich der Weg, nicht Verbote!“

Schnell ist die Fragestunde vorbei. Der Minister zieht sein Jackett wieder ein und rauscht mit seiner Limousine zurück in die Hauptstadt.

Sind die Junglandwirte zufrieden mit dem Besuch des Feldschirmherrn? „Doch“, sagt Torben, 26, „das war ganz gut.“ Doch jetzt ist der Minister weg, und die Probleme sind immer noch da: die Meldepflicht, das Baurecht, die Bürokratie. Außerdem der Kartoffelkäfer.

Am Feldrand steht der rote Ministereimer. Viele Käfer krabbeln nicht darin.

DIE ZEIT - 29. Juni 2017 – Anja Garms

Bienen: Warum sterben sie?

Milben, Gifte, Überzüchtung: Es ist umstritten, warum Bienen weltweit eingehen. Zwei nicht perfekte Studien zeigen wie schädlich Neonicotinoid-Pestizide sind.

Vergiften Pflanzenschutzmittel unsere Honigbienen? Steckt die zerstörerische Varroamilbe dahinter? Oder hat der Mensch durch Züchtung und Massenbienenhaltung aus wilden Urvölkern zu anfällige Zuchtrassen gemacht? Wahrscheinlich stimmt alles ein bisschen. Nur, wie es genau in verschiedenen Teilen der Erde zusammenwirkt: Das wissen Forscher bis heute nicht genau.

... Was die Giftigkeit von Pestiziden aus der Gruppe der Neonicotinoide angeht, ist die Sache für Bienenforscher Randolf Menzel ziemlich klar: Sie schaden Bienen und Hummeln, sagt der Neurobiologe von der FU Berlin, der fast sein ganzes Wissenschaftlerleben der Bienenforschung gewidmet hat. Menzel selbst zeigte unter anderem, dass die Substanzen das Gedächtnis der Insekten beeinträchtigen (ZEIT ONLINE berichtete). Auch viele Umweltschützer und Imker fürchten, dass diese Insektizide das Überleben der Bienenvölker gefährden. Zwei im Magazin *Science* veröffentlichte Studien scheinen ihnen nun recht zu geben. Auch wenn beide Studien methodische Mängel haben.

Insektizide aus der Gruppe der Neonicotinoide werden häufig verwendet, um Saatgut zu beizen – ein altes chemisches Verfahren, um etwa Rapskörner, Mais oder andere Nutzpflanzensamen vor Pilzbefall oder Schädlingen, wie Insekten oder Vögeln, zu schützen. Das Problem: Die darin enthaltenen Wirkstoffe – die bekanntesten sind Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam – verteilen sich beim Wachsen der Pflanze in Stängel, Trieben und Blättern. Sogar in den Pollen sind sie noch nachweisbar. Bienen, die Nektar und Pollen von diesen Pflanzen sammeln, nehmen das Gift auf. Zuletzt zeigte eine Studie, dass Bienen genau diese neonicotinoidhaltigen Pollen fatalerweise sogar besonders attraktiv finden (*Nature*: Kessler, Tiedeken et al., 2015).

Hummeln und Bienen schadete das Gift

Schweizer Forscher fanden außerdem heraus (*Proceedings B*: Straub et al., 2016), dass bestimmte Pestizide dieser Art die Fruchtbarkeit männlicher Honigbienen verringern und deren Lebensspanne senken. 2013 beschloss die Europäische Kommission daher ein Moratorium, das die Anwendung der drei als besonders gefährlich erachteten Wirkstoffe in der EU stark einschränkt. Kritiker des Moratoriums bemängeln allerdings, die zugrunde liegenden Studien seien nicht unter realistischen Bedingungen erfolgt, Belastungen der Insekten in den Experimenten seien viel höher gewesen als im Freiland zu erwarten. Sie verweisen auf Arbeiten, die keine oder nur geringfügige negative Effekte zeigten.

Ein Team um Ben Woodcock vom britischen Natural Environment Research Council hat nun Freilandversuche in Deutschland, Ungarn und Großbritannien gestartet (*Science*: Woodcock et al., 2017). Finanziert wurden sie von Bayer CropScience und Syngenta, den Herstellern der getesteten Neonicotinoide Clothianidin und Thiamethoxam. Die Forscher setzten in den drei Ländern Honigbienen, Erdhummeln und Rote Mauerbienen neben Rapsfeldern aus. An allen Standorten wuchsen auf einem Teil der Felder Pflanzen, deren Samen mit Neonicotinoiden behandelt worden waren. Ein Ergebnis: In Großbritannien und Ungarn sank die Überwinterungsfähigkeit der Honigbienen neben den so behandelten Feldern. In Deutschland fanden die Forscher diesen Effekt nicht. Warum, können sie nicht genau erklären. In allen drei Ländern schmälerten Neonicotinoid-Rückstände in den Nestern zudem den Fortpflanzungserfolg der Hummel- und der Wildbienen-Art.

Unabhängige Kollegen, die vom Science Media Center ... zur neusten Forschung befragt wurden, bewerten die Studie in Teilen als problematisch. Es gebe methodische Schwächen, die gemessenen Parameter seien sehr grob. So variiere die Menge an Neonicotinoiden, die ausgebracht wurde, kritisiert etwa der Ökotoxikologe Carsten Brühl von der Universität Koblenz-Landau. Dennoch zeige die Studie klare Effekte auf Honig- und Wildbienen. Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig ergänzt: "Die Studie scheint mir bezüglich des Versuchsaufbaus nicht angemessen gut vorbereitet worden zu sein." Eine Ansicht, die auch der Berliner Forscher Menzel teilt.

In der **zweiten Studie** maßen kanadische Forscher um Nadia Tsvetkov (*Science*: Tsvetkov et al., 2017) von der York University in Toronto die Pestizidbelastung in Kolonien von Honigbienen, die neben Feldern oder fernab davon lebten. In diesen fanden sie häufiger Rückstände der Neonicotinoide und anderer Chemikalien, sowohl im Körper der Insekten als auch in Pollen und im Honig. Dies deute darauf hin, dass sich die wasserlöslichen Substanzen von den Feldern in die Umgebung

ausbreiten. Die Experimente offenbarten auch, dass das Hygieneverhalten der Bienen beeinträchtigt wurde und dass Fungizide – also chemische Mittel gegen Pilzbefall – die Giftwirkung der Neonicotinoide verstärken.

Ohne Bienen wären wir aufgeschmissen

"Beide Studien liefern keinerlei Anhaltspunkte für eine Entwarnung, ganz im Gegenteil", sagt Menzel. Die Studien zeigten erneut die negativen Auswirkungen auf blütenbesuchende Insekten, was in politische Entscheidungen zum vollständigen Neonicotinoidverbot in der EU einbezogen werden sollte, sagt auch Brühl. Ob die Daten zu einem dauerhaften Verbot der Substanzen führen, ist indes offen.

Das in Wellen auftretende Sterben ganzer Bienenvölker seit der Jahrtausendwende – vor allem in den USA und Europa – ist ein massives Problem für die Landwirtschaft. 35 Prozent der weltweiten Anbaupflanzen werden von Bienen, Fledermäusen und Vögeln bestäubt. Die summenden Insekten sind dabei die wichtigsten Bestäuber. Japanische Forscher entwickeln sogar schon Minidrohnen ([ZEIT ONLINE berichtete](#)), die diese Aufgabe übernehmen sollen, falls das Bienensterben weiter voranschreitet. In einigen Teilen der Erde müssen Menschen diesen Job schon übernehmen: Dort werden Nutzpflanzen von Hand bestäubt.

Internetseite des IfZ:

Das Institut für Zuckerrübenforschung (IfZ) an der Universität Göttingen ist die zentrale Forschungseinrichtung zur Entwicklung von Verfahren nachhaltiger Zuckerrübenproduktion in Deutschland.

Das IfZ wird vom **Verein der Zuckerindustrie** getragen.

Review-Artikel zur Bedeutung von Neonicotinoiden im Zuckerrübenanbau

Im Dezember 2013 trat eine EU Durchführungsverordnung (485/2013) über das Verbot der Anwendung und des Verkaufs von Saatgut mit den Wirkstoffen Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid in Kraft. Das Verbot betrifft vor allem blühende Kulturen. In der Folge wurde der Einsatz von Neonicotinoiden in vielen EU-Mitgliedstaaten intensiv und kontrovers diskutiert. Ein allgemeiner Sachstand zur Situation speziell in Zuckerrüben als nicht blühende Kultur war bislang nicht verfügbar. Daher hat das IfZ seit 2015 gemeinsam mit den COBRI-Instituten (IRBAB in Belgien, IRS in den Niederlanden, NBR in Schweden und Dänemark) eine Literaturstudie zum Einsatz und zur Bedeutung von Neonicotinoiden in Zuckerrüben durchgeführt. Der Artikel „Neonicotinoids in sugarbeetcultivation in Central and Northern Europe: Efficacy and environmental impact of neonicotinoid seed treatments and alternative measures“ ist bei der Zeitschrift Crop Protection online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1016/j.cropro.2016.11.034>, die Druckfassung erscheint im Frühjahr 2017.

**Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt: Tierschutzfragen
27/28 – 2017:**

Fleischlos glücklich?

Rocker vs. vegane Burger: Wie "eingefleischte" Männer auf unechte Buletten reagieren

Biker sind echte Kerle, die sich unterwegs gerne mit fleischigen Burgern und Grillgut stärken. Ist das bloß ein Klischee? *stern* TV hat die Besucher eines Motorradfestivals auf die Probe gestellt und ihnen vegane Burger untergejubelt.

Veganer genießen unter Fleischessern nicht den besten Ruf. Und die meisten haben schon den ein oder anderen Witz über Veganer gehört. Aber wie reagieren überzeugte Fleisch-Esser, wenn sie – ohne es zu wissen – vegane Buletten serviert bekommen?

stern TV hat "eingefleischte" Männer und Frauen auf die Probe gestellt. Auf einem Bikerfestival in Jüterborg bei Berlin haben Sebastian Frank und Pit Reger an einem [Food-Truck](#) heimlich vegane Burger verkauft. Die beiden Berliner sind seit Jahren selbst Veganer. Diese Festivals hingegen sind vor allem bei harten Kerlen und Ladies beliebt, die heiße Maschinen, harte Musik, kaltes Bier und deftiges Essen lieben. Dementsprechend gab es an den meisten Ständen vor allem eins: Fleisch! Von veganem Essen hielt man dort auf Nachfrage erwartbar wenig.

Und so bissen die Rocker nichtsahnend in die veganen Burger, ohne zu ahnen, dass es sich bei den Buletten um eine rein pflanzliche Variante handelte. Die Bratlinge wurden aus Weizen, Soja, schwarzen Bohnen, Haferflocken hergestellt. Kein Fleisch, kein Ei, keine Milch.

Rezept für einen veganen Burger

Burgerbrötchen sind in der Regel vegan, enthalten also weder Milch noch Ei. Alternativ kann man zwei sehr große Pilz-Köpfe als Brötchenersatz verwenden. Zutaten für Belag und Saucen können nach Belieben zusammenstellen, ein paar Anregungen finden Sie unten.

Zutaten für den Bratling:

- 125 g Kidneybohnen
- 125 g schwarze Bohnen
- 4 EL feine Haferflocken
- 1 EL Mehl
- 1 EL Semmelbrösel (meist vegan)
- 1 EL Tomatenmark
- 1 Zwiebel

- 1 Zehe Knoblauch
- 1 EL fein gehackte Petersilie
- Salz, Pfeffer, Korianderpulver nach Geschmack
- Sonnenblumen- oder Rapsöl zum Anbraten

So geht's:

Zwiebel fein hacken und in heißem Öl glasig dünsten, von der Platte nehmen. Bohnen und übrige Zutaten, gepresste Knoblauchzehe und fertige Zwiebelstückchen in einer Schüssel zerdrücken und vermengen. Mit Gewürzen kräftig abschmecken.

Brötchenhälften nach Belieben vorbereiten und belegen.

Pfanne auswischen und nochmals (nicht zu wenig) Öl darin erhitzen. Masse in Burger-Portionen mit einem großen Löffel in das heiße Öl setzen. Von jeder Seite ca. 2-3 Minuten bei mittlerer Hitze durchbraten, bis sie leicht gebräunt sind. Vorsichtig wenden! Wer mag, lässt sie kräftiger anbraten.

Belag nach eigenem Belieben:

- Gurkenscheiben
- Tomatenscheiben
- Mangoscheiben
- Salat / Ruccola
- dünne Paprikaschnitze
- Avocado

Saucen und Dips nach Belieben:

- Ketchup, Senf
- BBQ-Sauce
- Guacamole
- Pesto
- Balsamico-Creme
- selbstgemachte Mayo aus Sojadrink, Sonnenblumenöl und einem Spritzer Zitronensaft

[Rezept drucken \(PDF\)](#)

"Das Fleisch war so, wie es sein sollte"

Die ersten Kunden – Vater und Sohn – hoben gleich die Daumen. "Ein intensiver Geschmack. Eigentlich würde ich mir direkt noch einen holen", so der Sohn. Als ihnen kurz darauf die Zutaten des Burgers auf einem Tisch präsentiert wurden, trauten sie ihren Augen nicht: "Das habe ich jetzt wirklich nicht rausgeschmeckt, ich dachte, das wäre wirkliches Fleisch!", staunte der Rocker-Vater. Und räumte ein, sich derart gutes, veganes Essen auch privat öfter vorstellen zu können.

Auch der nächste unfreiwillige Verkoster meinte gleich nach dem letzten Bissen: "Das Fleisch war gut, so wie es eigentlich sein soll!" Dabei hätte er normalerweise einen veganen Burger gleich links liegen lassen, so der Mann nach der Aufklärung durch *stern* TV.

Da viele Menschen so denken, steht auf dem [Food-Truck](#) von Sebastian Frank und Pit Reger gar nicht erst drauf, dass ihre Burger fleischlos sind. Dahinter stecke eine Strategie, sagt Pit: "Wir wollen einfach leckeres Essen anbieten und dann – wenn überhaupt – nachher drüber reden. Die Leute denken immer, sie bräuchten unbedingt Fleisch. Aber wenn man die Idee erst gar nicht aufkommen lässt, dann merken sie, dass sie das Fleisch gar nicht vermissen." Die beiden Berliner wollen mit Geschmack und Qualität überzeugen, anstatt zu missionieren. "Wir wollen zunächst mal ein Beispiel dafür sein, dass vegane Ernährung funktioniert."

Wie sie sind in Deutschland immer mehr ehemalige Fleischesser von der veganen Lebensweise überzeugt. Während 2008 nur rund 80.000 Menschen einen veganen Lebensstil pflegten, liegt die Zahl der Veganer 2017 schon bei 1,3 Millionen. Zusätzlich gibt es in Deutschland noch 7,8 Millionen Vegetarier. "Wir finden die Imitation von Fleischprodukten legitim, um Menschen da abzuholen, wo ihre Essgewohnheiten liegen", sagen die Jungunternehmer und Food-Truck-Betreiber.

Nur 7 von 100 Burger-Essern bemerkten den Fake

Und tatsächlich: Die Nachfrage an dem Burger-Truck war groß. Lecker! lautete der einhellige Tenor. "Das ist der beste Burger hier auf dem Platz", meinte einer der ahnungslosen Rocker sogar. Nach vier Stunden waren 100 vegane Burger verkauft. Nur sieben Kunden haben bemerkt, dass wir ihnen fleischlose Kost untergejubelt haben. Aber auch sie waren nicht beleidigt: "Wenn das so schmeckt wie das hier, ist das eine echte Alternative", sagte einer. "Und wann ich Ihnen jetzt noch sage, was ich **beruflich** mache... Ich bin Fleischer!"

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Aus rechtlichen Gründen folgende Information: Durch Auswahl eines Links verlassen Sie unseren Newsletter / unsere Website und gelangen auf die Internet-/ Website eines anderen Anbieters. Diese Seiten sind nicht Bestandteil unseres Newsletters / unserer Website. Für die Inhalte dieser Seiten sind wir nicht verantwortlich. Insbesondere auch nicht für mögliche dortige Markenschutzverletzungen. Als einen Link definieren wir hierbei grundsätzlich ALLE Hyperlinks dieser Site, bei denen sich ein NEUES Browser-Fenster öffnet!

Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de